Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis S 18,-



„JA“

Zwent

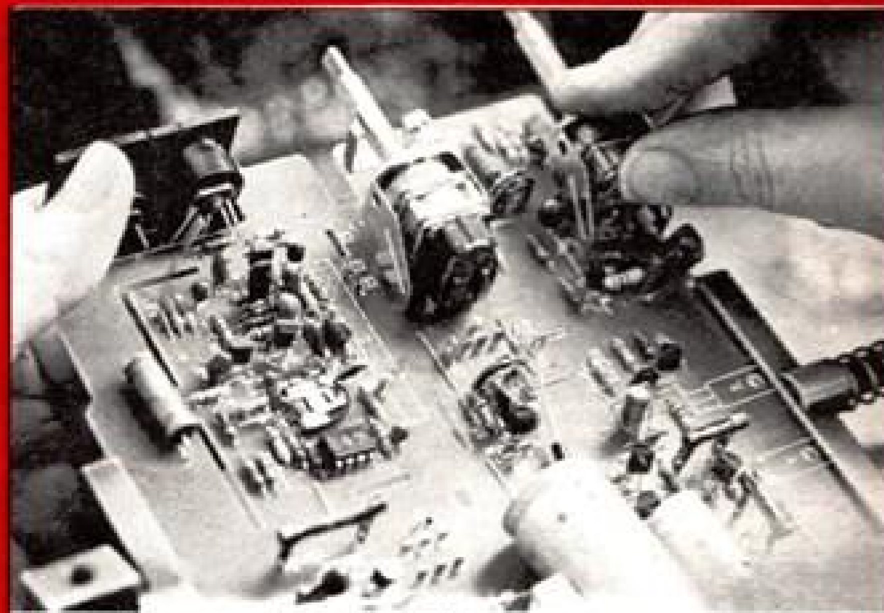
NEIN

Bezirk Tulln	62,5%
Bezirk Zwettl	79,1%
Bezirk Braunau/Inn	60,4%
Land Vorarlberg	84,1%

Von den Massenmedien verschwiegen: Wichtige Ergebnisse der Volksabstimmung



Die Differenzen zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens in der Frage der Fortführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats



Branchenanalyse der Elektroindustrie

Quartalsbericht zur wirtschaftlichen Lage

Das neue Energieprogramm des US-Imperialis-muss

Die Machenschaften zur Etablierung der „zwei Korea“ — das Heimatland auf friedlichem Wege vereinigen!
Aus einer Rede des Genossen Kim Il Sung

Inhaltsverzeichnis

Kommunist — Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Osterreichs, **erscheint monatlich. Einzelpreis:** S 18,-. **Abonnementpreis-Inland:** Halbjahr S 122,50, Ganzjahr S 245,-. **Abonnementpreis-Ausland:** Halbjahr S 137,50, Ganzjahr S 275,-. **Bestellungen an:** Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13. **Redaktionsadresse:** Redaktion Kommunist, 1042 Wien, Postfach 52.

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Osterreichs: Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1040 Wien

Von den Massenmedien verschwiegen: Wichtige Ergebnisse der Volksabstimmung

Am 5. November hat eine Mehrheit der an der Volksabstimmung teilnehmenden wahlberechtigten Österreicher mit Nein gestimmt, das heißt, gegen das SPÖ-Gesetz zur Inbetriebnahme des Zwentendorfer Atomkraftwerkes. Als SPÖ, ÖVP und FPÖ zu Sommerbeginn 1978 im Parlament die Durchführung einer Volksabstimmung über Zwentendorf beschlossen, hat keine dieser Parteien auch nur im entferntesten an einen anderen als einen mehrheitlichen Ja-Ausgang gedacht. Taus selbst hat noch bei seiner Stimmabgabe eine 60%-Mehrheit für Ja prognostiziert. Tatsächlich aber war das Ergebnis der Volksabstimmung eine eindrucksvolle Demonstration des Widerstands und der Volksbewegung gegen das staatliche AKW-Programm. Was das Gesamtergebnis der Volksabstimmung anbelangt, konnte auch der Bundeskanzler Kreisky nicht umhin, die Niederlage der Regierungspolitik einzugestehen. Um aber schon im nächsten Atemzug die mehrheitlich Ja-stimmenden Bundesländer gegen jene mit mehrheitlichem Nein auszuspielen. Demselben Bundeskanzler, der früher mit ernster Miene erklärt hatte, gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung werde kein Atommüll in irgendeinem Gebiet Österreichs vergraben, fiel es natürlich nicht im Traum ein, sich zum Ausgang der Volksabstimmung im **politischen Bezirk Tulln**, (mittendrin liegt Zwentendorf und das Atomkraftwerk) zu äußern. Von den 35.105 Wahlberechtigten im **Bezirk Tulln** stimmten 17.038 mit Nein, 10.234 mit Ja und 7.833 ungültig bzw. gingen nicht zur Abstimmung. Demgegenüber wurde in allen Tageszeitungen nun besonders groß das Ergebnis der Gemeinde Zwentendorf herausgestrichen, der einzigen von 20 Gemeinderäten des Bezirks Tulln, in der es ein mehrheitliches Ja gab.

Die bürgerlichen Analysen zur Volksabstimmung - sofern sie die Bezeichnung Analyse verdienen - zeichnen sich durch klammheimliches Verschweigen markanter Nein-Mehrheiten in ausnahmslos allen unmittelbar vom AKW-Programm betroffenen Gebieten aus. Demgegenüber werden die Bundesländerergebnisse hochgespielt und geht die SPÖ mit der Schlagzeile „erstmals Mehrheit in Niederösterreich" hausieren, es werden Analysen vorgestellt, die auf wackligen Füßen stehen und nur vom Kern der Frage ablenken sollen, wie etwa, daß die Pensionisten überwiegend mit Ja gestimmt hätten; es wird ohne Erklärung festgestellt, daß die Nein-Stimmen in kleinen Gemeinden und großen Städten



Die Spitzen der SPÖ am Abend der Volksabstimmung: Das Ergebnis war nach dem Boykott der Minderheitenfeststellung die zweite große Niederlage der Regierung Kreisky gegen das Volk und hat die SPÖ schwer getroffen.

überdurchschnittlich hoch waren. Diese Mystifizierung der Ergebnisse der Volksabstimmung ist für die SP-Regierung notwendig, um ihrer Devise „aus der Niederlage einen Erfolg zu machen", leichter zum Durchbruch zu verhelfen. Den anderen Parteien liegt diese Mystifizierung nicht weniger am Herzen, waren sie doch eigentlich überhaupt gegen eine Volksabstimmung und wollen sie natürlich vermeiden, daß im Ergebnis der Volksabstimmung die Interessen, der Wille, die Bewegung der Volksmassen sichtbar gemacht werden.

Was sind nun die hervorstechendsten Merkmale an den Ergebnissen der Volksabstimmung?

Tulln und angrenzende Bezirke: Klares Nein zum Zwentendorfer Atomkraftwerk

Politischer Bezirk Tulln

Wahlberechtigte 35.105
gültige abgegebene Stimmen 27.272
Wahlbeteiligung 79,5% (höher als in allen SPÖ-Hochburgen!)

Gemeinde	Ja	Nein	Nein in %
Absdorf	304	452	59,8
Atzenbrugg	464	729	61,1
Fels	284	542	65,6
Grafenwörth	409	599	59,4
Großriedenthal	114	339	74,8
Großweikersdorf	506	742	59,5
Tudenau-Baumgarten	218	494	69,4
Kirchberg	443	1.292	74,5
Königstetten	289	416	59,1
Königsbrunn	147	470	76,2
Langenrohr	162	509	75,9
Michelbeuren	384	671	63,6
St.Andrä-Wördern	1.058	1.512	58,8
Sieghartskirchen	969	1.411	59,3
Sitzenberg-Reidling	318	629	66,4
Tulbing	368	542	59,7
Tulln-Stadt	2.164	3.758	63,4
Würmla	116	331	74,1
Zeiselmauer	502	779	60,8
Zwentendorf	1.023	821	44,5

(bei 2.215 Wahlberechtigten)

Im **Bezirk Tulln**, in den das Atomkraftwerk hineingepflanzt wurde, und wo in einem Umkreis von etwa 30 km um Zwentendorf über 35.000 Wahlberechtigte wohnen, haben 62,5% Nein zum AKW gesagt, und das bei einer überdurchschnittlich hohen Beteiligung an der Abstimmung von 77,7%. In den **20 Gemeinden des Bezirks Tulln** gab es nur Nein-Mehrheiten von 58,8 bis zu 75,9% — mit einer Ausnahme: Die **Gemeinde** Zwentendorf selbst. Dort hatten alle Gemeinderatsfraktionen mehr oder weniger offen für Zwentendorf plädiert und die 821 Nein-Stimmen gegenüber 1.023 Ja-Stimmen kamen für den Zwentendorfer SP-Bürgermeister und für den Betriebsratsobmann der Beschäftigten des Atomkraftwerks völlig überraschend. Der Bürgermeister am 5. November im Radio: „Ich hätte nicht gedacht, daß es in der Gemeinde über 800 Nein-Stimmen geben wird, weil sich die Nein-Sager in den letzten Jahren in keiner Weise artikuliert haben und an die Gemeindevertretung mit keiner wie immer gearteten Forderung und dergleichen herangetreten sind." Der Bürgermeister von Zwentendorf sagt es selbst: Überraschend am Zwentendorfer Volksabstimmungsergebnis ist nicht die Ja-Mehrheit sondern die verhältnismäßig vielen Nein-Stimmen trotz des massiven politischen und ökonomischen Drucks auf die Bewohner dieser **Gemeinde**. Völlig irreführend sind im Falle Zwentendorf die gern angestellten Vergleiche mit den Stimmen bei den Nationalratswahlen 1975, die auf den ersten Blick ungefähr gleichviel SP- wie Ja-Stimmen und gleichviel VP- wie Nein-Stimmen zeigen (SPÖ 1.058, ÖVP 818, FPÖ 34, KPÖ 89). In Wirklichkeit aber sind die 821 Nein-Stimmen gegen die Empfehlungen sowohl der örtlichen SPÖ-, ÖVP- und KPÖ-Politiker zustandegekommen. Deswegen wiegen diese Stimmen doppelt schwer. Zwentendorf ist **eine von insgesamt vier** Gemeinden **im Bezirk Tulln**, in denen die SPÖ bei den Nationalratswahlen 1975 (NRW 75) stimmenstärkste Partei war. In allen diesen Gemeinden (außer Zwentendorf) gab es aber klare Nein-Mehrheiten, und zwar in **Absdorf** 452 Nein (59,8%) gegenüber 304 Ja (zum Vergleich: NRW 75: SPÖ 484 Stimmen), in **St. Andrä-Wördern** 1.512 Nein (58,8%) gegenüber 1.058 Ja (NRW 75: 1.525 SPÖ-Stimmen) und in **Zeiselmauer** 779 Nein (60%) gegenüber 502 Ja (NRW 75: 725 SPÖ-Stimmen).

Sehr deutlich ist aber das Ergebnis der

	Nein	in %	Ja	in %
Bezirk Tulln	17.038	62,5	10.234	37,5
Bezirk Korneuburg	13.304	52,4	12.064	47,6
Bezirk Hollabrunn	13.398	59,6	9.092	40,4
Bezirk Krems-Land	12.312	58,1	8.893	41,9
Bezirk St. Pölten-Land	18.393	50,1	18.299	49,9
Bezirk Wien-Umgebung	18.988	44,2	23.979	55,8
Stadt Wien	325.112	44,5	404.728	55,4

AUFRUF DER TULLNERFELDER BEVÖLKERUNG AN DAS ÖSTERREICHISCHE VOLK

Wir Tullnerfelder sind aus folgenden Gründen gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf:

- Radioaktive Verseuchung schon bei Normalbetrieb
- Besondere Gefahren bei Unfällen im AKW
- Ungelöste Probleme der Atommüllagerung
- Riskanter Reaktorkessel
- Zwentendorf liegt in einer Erdbebenzone
- Vervielfachung der Kosten durch Inbetriebnahme (Atommüll, Wiederaufbereitung usw.)
- 20 Jahre „Nutzung" für 1000 Jahre Risiko

Diese Bedrohung für unsere Gesundheit und unsere Lebensgrundlage bleibt aber nicht auf das Tullnerfeld beschränkt, sondern trifft jeden einzelnen in ganz Österreich.

Daher ersuchen wir alle Österreicher, uns bei der Volksabstimmung am 5. November zu unterstützen und rufen Sie auf:

Stimmt mit
NEIN ZU ZWENTENDORF

Für die Bürgerinitiative Tullnerfeld gegen Atomgefahren

Dr. Gerhard Pichler, Gemeindearzt, Absdorf bei Tulln — Josef Mandl, Landwirt, Trasdorf — Anna Maierschmied, selbst. Gewerbetreib., Zwentendorf

Josef Bauer, Arbeiter, Zaussenberg — Prof. Josef Tasler, OStR, Mittelschullehrer, Tulln — Michaela Elsensohn, Arbeiterin, Engelmannsbrunn

Josef Baumgartner, Landwirt, Zwentendorf-Dürnrohr — Leopoldine Manek, Hausfrau, Tulln — Adolf Hofbauer, techn. Angestellter, Tulln

gestützt auf viele Unterschriften aus allen Teilen des Tullnerfeldes und allen Schichten der Bevölkerung

Vor der Volksabstimmung richtete sich die Tullnerfelder Bevölkerung mit dem oben abgedruckten Aufruf an die österreichische Bevölkerung und forderte sie auf, mit Nein zu stimmen.

Volksabstimmung nicht nur im Bezirk Tulln, sondern auch in den daran unmittelbar angrenzenden Bezirken ausgefallen.

In sämtlichen **Bezirken rund um Tulln** gibt es Nein-Mehrheiten. Ausnahme ist der **Bezirk Wien-Umgebung**, der allerdings nur zum Teil an Tulln angrenzt; zum gewichtigeren Teil liegt dieser Bezirk am südöstlichen Rand Wiens. Besonderen Grund zum Jubeln hat die SPÖ allerdings auch hier nicht, stehen doch den knapp 24.000 Ja-Stimmen über 30.000 SPÖ-Stimmen bei den NRW 75 gegenüber! Die Stadt Wien, die dem vorläufig verhinderten Atomkraftwerk ebenfalls sehr nahe liegt, wird in einem späteren Kapital analysiert.

Waldviertel, St. Pantaleon, Bogenhofen, Vorarlberg — das AKW-Programm stößt auf entschiedene Ablehnung

Im **Waldviertel**, das immer wieder mit dem Atommüll aus Zwentendorf bedroht wurde, ist der Widerstand dagegen im Jahr 1977 heftig entbrannt und zeigte seine Kraft auf einer Demonstration in Allentsteig am 25. Juni 1977 mit über 3.000 Teilnehmern. Die Bezirke im Waldviertel stimmten am 5. November, wie folgt:

	Nein	Ja	Nein in %
Horn	10.205	5.892	63,0
Zwettl	18.337	4.857	79,1
Waidhofen/a	9.452	5.278	64,2
Gmünd	10.474	10.855	49,0

Der **Bezirk Gmünd** liegt einerseits nicht im Mittelpunkt der Bestrebungen zur Errichtung eines Atommüllagers, andererseits sind gegenüber einer absoluten Stimmenmehrheit der SPÖ von 14.877 bei den NRW 75 ca. 4.000 weniger Ja-Stimmen zu registrieren.

Eindeutig auch das Nein in **St. Pantaleon**, jenem Ort, in dem das zweite AKW errichtet werden sollte.

	Nein	Ja	Nein in %
St. Pantaleon Erla	495	395	55,6

In der **St. Pantaleon nahegelegenen Stadt Enns** gab es zwar 2.603 Ja-Stimmen gegenüber 2.535 Nein (47,5%), allerdings hatte die SPÖ bei den NRW 75 in Enns noch 3.400 Stimmen gehabt.

Bogenhofen bei Braunau sollte Standort für das dritte Atomkraftwerk in Österreich sein. „Die Nein-Mehrheit in Braunau erklärt Hellwagner (Betriebsratsobmann der Aluminiumwerke Ranshofen) mit der Propaganda zweier Bürgerinitiativen, die behauptet haben, wer Ja zu Zwentendorf sage, sage auch ja zu Bogenhofen. Bogenhofen ist ein kleiner Ort am Inn, der einmal als möglicher Standort für ein Kernkraftwerk genannt, aber dann nie für ein echtes Projekt in Aussicht genommen wurde" (AZ, 8.11.78). Das Braunauer Ergebnis ist ein arger Schock für die SPÖ. Wenn an den Plänen zur Errichtung eines Atomkraftwerkes in der Nähe Braunaus ohnehin nichts wahr ist, wieso hat trotzdem fast die Hälfte der SPÖ-Wähler nicht mit Ja gestimmt? Auschlußreich ist dieses Ergebnis auch, weil der Betriebsrat der VMW Ranshofen vor der Volksabstimmung auf einem Plakat im Namen der Belegschaft massive Ja-Werbung betrieb, Zwentendorf werde für den Strom für Ranshofen und zur Sicherung der Arbeitsplätze benötigt. Schon vorher sind Proteste gegen diese Vorgangsweise des Betriebsrates bekanntgeworden, das Ergebnis der Volksabstimmung bestätigt, daß der Betriebsrat keineswegs im Namen und im Interesse der Belegschaft geredet hatte.

wenn man die ÖVP- und FPÖ-Stimmen der letzten NRW zusammennimmt, bleiben noch fast 500 Nein-Stimmen, die von sonstigen SPÖ-Wählern, darunter zahlreichen Arbeitern des Aluminiumwerke kommen müssen. In der Tat werden es noch einige mehr sein, denn die sonstigen ÖVP- und FPÖ-Wähler haben sicher nicht einheitlich mit Nein gestimmt, sondern im Höchstfall viel-

	Volksabstimmung			Nationalratswahlen 1975			
	Nein	Ja	Nein in %	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
Braunau am Inn	4.298	3.756	51,9	**6.019**	3.191	614	**139**
Wahlbeteiligung 75,2%							
Altheim	1.210	935	55,2	**1.428**	1.000	279	**19**
Bezirk Braunau am Inn	21.075	12.982	60,4	**22.058**	23.129	3.678	**356**

Das Ergebnis der **Stadt Braunau** signalisiert einen schweren Einbruch zuungunsten der SPÖ und ihrer Ja-Empfehlung. Selbst leicht zu drei Viertel. Es sind dann fast 1.500 sonstige SP-Anhänger bzw. Wähler, die der Empfehlung und Propagandawalze der Ge-



Dieses demagogische Plakat ließ der SP-Betriebsratsobmann der Vereinigten Metallwerke Ranshofen (großer österreichischer Aluminiumbetrieb, verstaatlicht) massiv im Werk und in der Stadt Braunau affichieren. Es erweckt den Eindruck, als ob die Ranshofner Arbeiter und Angestellten die Braunauer auffordern, mit Ja zu stimmen. Die Braunauer ließen sich jedoch nicht betrügen — sie stimmten mehrheitlich mit Nein.

werkschaft und SPÖ zum Trotz mit Nein gestimmt haben.

Die **Vorarlberger** Bevölkerung hat mehrjährige praktische Erfahrung im Kampf gegen Atomkraftwerke. Schon Anfang der 70er-Jahre entwickelte sich stürmischer Widerstand gegen das in der Schweiz gleich hinter der Grenze geplante AKW Rüthi. Eine breite Massenbewegung der Vorarlberger, aber auch der Schweizer Bevölkerung dieses Gebietes konnte das Projekt Rüthi bis auf weiteres zum Scheitern bringen. Die Vorarlberger Bewegung gegen AKW hat mit dem fortschreitenden nationalen Zusammenschluß der AKW-Gegner in Österreich seit jeher eine wichtige Rolle gespielt. Das drückt sich auch im Ergebnis aus. Besonders beachtlich ist, daß **selbst in den Industriegemeinden** die Nein-Mehrheit deutlich ausfiel, also die Vorarlberger Arbeiterschaft überwiegend Nein zu Zwentendorf und zum AKW-Programm gesagt hat.

schaft verweigerten. Hauptsächlich drückte sich dies in einer Nichtteilnahme an der Volksabstimmung aus. Schon in den Wochen vor der Volksabstimmung hatten die SP-Parteifunktionäre größte Mühe, freiwillige Helfer für den „Wahlkampf" zu finden — während die „Sozialisten gegen Atomkraft" vor allem in der Wiener SP-Jugend großen Anklang hatten und unmittelbar nach den GRW 78 ihr Plakat massiv in ganz Wien anbrachten. Der Vergleich zu den Gemeinderatswahlen gibt in allen Bezirken ein ähnliches Bild.

So gab es in der SP-Hochburg Favoriten zwar 67% Ja-Wähler, aber den 57.085 SP-Stimmen von den Gemeinderatswahlen 8. Oktober (70.622 bei den NRW 75) stehen 48.238 Ja-Stimmen am 5. November gegenüber. Ähnlich das Bild in Ottakring. 26.853 Ja (61%) gegenüber 32.324 SP-Stimmen bei den GRW 78.

Im Bezirk Landstraße hat es eine Nein-

	Volksabstimmung			Nationalratswahlen 1975			
	Nein	Ja	Nein in %	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
Bludenz	4.250	1.742	70,00	**3.669**	3.001	431	**31**
Dornbirn	13.524	2.865	81,50	**7.601**	9.127	1.831	**185**
Bregenz	8.547	2.768	74,30	**5.813**	5.594	1.353	**124**

Wien: Nur 404.728 Stimmen für Zwentendorf

Bei der Volksabstimmung hätte die SPÖ die Scharte gerne ausgewetzt, die sie sich bei den letzten Wiener Gemeinderatswahlen eingehandelt hat. Das Ergebnis zeigt, daß die Scharte nur tiefgehender geworden ist.

Die **Ergebnisse von Wien** sind aus zwei tendorf liegt nur 30 - 40 km von der Stadt entfernt. Der Standort ist so gewählt, daß Wind, ernt. Der Standort ist so gewählt, daß Wind, Grundwasserströme, radioaktive Schadstoffe, die in Zwentendorf austreten, in kürzester Zeit nach Wien brächten. Wien ist daher unmittelbar gefährdet. Deshalb — und weil in Wien auch Regierung und Parlament sitzen, hat sich in den letzten zwei Jahren im Zusammenhang mit der Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung zu einer gesamtösterreichischen Bewegung, Wien zum wichtigsten Zentrum dieser Bewegung entwickelt. Die Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke ist die größte Teilorganisation der IÖAG, daneben gibt es — wie in keiner anderen Region — verschiedenste Einzelgruppen und Initiativen: Auch die Tätigkeit der ARGE „Nein zu Zwentendorf" konzentrierte sich hauptsächlich auf Wien.

404. 728 (55,45%) Wiener stimmten am 5. November mit Ja. Das sind um 74.000 Stimmen weniger, als die SP einen Monat vorher bei den Gemeinderatswahlen bekommen hatte.

Wenn man bedenkt, daß sich unter den Ja-Stimmen auch nicht wenige ÖVP- und SP-Wähler befinden, so kann man sagen, daß nicht geringe Teile der SP-Anhängerschaft am 5. November der Regierung die Gefolg-

Mehrheit gegeben, obwohl die SPÖ hier ansonsten beinahe absolute Stimmenmehrheit besitzt. Nicht so spektakulär, aber auch eindrucksvoll ist der Ausgang der Volksabstimmung in anderen Bezirken mit überwiegend Arbeiterbevölkerung.

Das Wiener Ergebnis zeigt, daß dort, wo die AKW-Gegner selbständig aufgetreten sind, dort, wo die Auseinandersetzung am heftigsten geführt wurde, trotz massiver Propagandaschlacht der E-Wirtschaft, trotz riesigem SP-Parteiapparat Einbrüche in die SP-Wählerschichten erzielt werden konnten, die letztenendes für die Nein-Mehrheit entscheidend waren.

	Volksabstimmung			Gemeinderatswahlen 1978			
	Nein	Ja	Nein in %	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
Wien Landstraße	21.235	20.333	51,08	**23.111**	19.777	3.462	**696**
Wien Favoriten	23.412	48.238	32,68	**57.085**	18.380	4.114	**1.765**
Wien Ottakring	17.030	26.853	38,81	**32.314**	13.868	2.940	**803**
Wien Floridsdorf	18.385	35.023	34,32	**41.994**	14.710	3.171	**1.459**

Nein-Mehrheit in Graz, Klagenfurt, Salzburg, Innsbruck, Bregenz, Eisenstadt

Daß es in allen Landeshauptstädten außer Linz und Wien Nein-Mehrheiten gab, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die AKW-Gegner hauptsächlich in den größeren Städten auftraten. Auch die in Wien und Linz gegenüber den früheren SPÖ-Stimmen deutlich gedämpften Ja-Mehrheiten sind Ergebnis der intensiven Aufklärungstätigkeit der AKW-Gegner in diesen Städten. Besonders erfreulich ist, daß es gelang, in Klagenfurt,

So nicht!
Damit der Zukunft
nicht das Licht ausgeht
Bei der Volksabstimmung
am 5. November JA
weil wir an die Zukunft glauben

Dieses anonyme Plakat tauchte knapp vor der Volksabstimmung an mehreren Orten Wiens auf. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß es von der SPÖ stammt. Diese plumpe Art der Verächtlichmachung der AKW-Gegner zog jedoch nicht. Von den Wiener SPÖ-Wählern stimmte ein großer Teil mit NEIN, oder blieb der Abstimmung fern.

Salzburg, Graz und Bregenz — Städte, die bei den NRW 75 zum Teil deutliche SP-Mehrheiten hatten — ein mehrheitliches Nein zu erzielen.

Sind die österreichischen Arbeiter dem Ja-Aufruf von SPÖ, KPÖ und Gewerkschaften gefolgt?

Sehr unterschiedlich. In den verschiedenen vom AKW-Programm unmittelbar betroffenen Gebieten nur in sehr geringem Ausmaß. In Städten, wo die AKW-Gegner intensiv arbeiten, sind zwar viele SPÖ-Anhänger dem Ja-Aufruf gefolgt, aber dennoch überall deutlich weniger, als die SPÖ bei früheren Wahlen Stimmen erhielt. Die Mehrheit der Arbeiter solcher Städte ließ sich zwar nicht mehr durch die Ja-Propaganda mobilisieren, und irreführen, war aber auch von den Nein-Argumenten noch nicht überzeugt, und nahm offenbar an der Abstimmung nicht teil.

Am deutlichsten fielen die Ja-Mehrheiten in Industriegebieten, wie etwa in der Obersteiermark, aus, wo weder eine **unmittelbare** Gefährdung der Bevölkerung durch Zwentendorf oder ein anderes Atomprojekt gegeben ist, und wo die AKW-Gegner kaum bis gar nicht in Erscheinung traten, um die Propagandalügen der Ja-Sager zu widerlegen.

Abschließend eine Aufstellung aufschlußreicher Ergebnisse aus Gemeinden mit über-

durchschnittlichem Industriearbeiterabe- deutet, daß in dieser Stadt eine ALW-Gegner- gruppe über einen längeren Zeitraum hinweg aufgetreten ist.

	Volksabstimmung			Nationalratswahlen 1975			
	Nein	Ja	Nein in %	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
Steyr Stadt*	7.840	12.865	37,9	**16.910**	6.558	1.202	**507**
Wels Stadt*	10.855	12.383	47,7	**17.526**	9.493	2.299	**309**
Hallein Stadt*	2.995	3.720	44,6	**5.238**	2.317	892	**228**
Saalfelden am Steinernen Meer*	1.896	2.465	43,5	**3.299**	2.197	442	**78**
Kapfenberg	3.138	10.995	22,2	**12.848**	2.759	455	**278**
Weiz	1.458	3.242	31,0	**3.926**	1.535	187	**75**
Knittelfeld*	1.922	4.367	30,6	**6.577**	2.314	320	**350**
Leibnitz	1.290	1.081	54,4	**2.099**	2.029	175	**25**
Villach/Beljak-Stadt	10.902	14.594	42,76	**19.567**	9.325	2.669	**672**
Bleiburg/Pliberk	979	989	49,75	**1.732**	1.093	198	**129**

	Volksabstimmung			Nationalratswahlen 1975			
	Nein	Ja	Nein in %	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
Spittal a.d. Drau	3.208	3.333	49,04	**4.511**	2.806	737	**118**
Lienz	2.781	1.664	62,6	**2.809**	3.789	343	**29**
Wattens*	1.406	946	59,8	**1.679**	1.781	204	**17**
Hall in Tirol	2.301	1.275	64,3	**3.260**	3.372	410	**55**
Telfs	1.111	772	59,0	**1.994**	1.597	244	**32**
Jenbach	778	1.044	42,7	**1.999**	1.183	198	**29**
Schwaz	1.845	1.121	62,2	**2.998**	2.837	362	**53**
Bezirk Mödling*	22.079	20.854	51,4	**25.746**	23.204	2.651	**790**

	Volksabstimmung			Nationalratswahlen 1975			
	Nein	Ja	Nein in %	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
Linz	37.865	52.195	42,04	**73.801**	37.111	7.484	**1.612**
Salzburg Stadt	36.124	24.003	60,10	**36.172**	29.031	12.379	**708**
Innsbruck	26.464	15.084	63,70	**30.805**	32.338	4.988	**687**
Klagenfurt/ Celovec	19.835	19.469	50,47	**26.853**	19.342	4.906	**758**
Graz	57.176	50.955	52,88	**79.665**	64.422	10.496	**2.294**

Bundesland	Stimmberechtigte	Abgegebene Stimmen	%	Gültige Stimmenn	Ja	%	Nein	%
Burgenland	187.880	127.896	68,07	124.391	74.394	59,81	49.997	40,19
Kärnten	355.219	223.637	62,96	217.911	117.841	54,08	100.070	45,92
NÖ	964.300	692.755	71,84	672.154	341.831	50,86	330.323	49,14
OÖ	809.887	550.776	68,01	537.965	254.335	47,27		52,73
Salzburg	276.801	169.093	61,09	165.521	71.576	43,24	93.945	56,76
Steiermark	793.746	461.351	58,12	452.423	238.951	52,79	213.572	47,21
Tirol	355.162	158.960	44,95	156.163	53.513	34,27	102.650	65,73
Vorarlberg	169.065	128.069	75,75	126.779	19.770	15,59	107.009	84,41
Wien	1,171.613	746.581	63,72	729.840	404.728	55,45	325.112	44,55
Österreich	**5,083.673**	**3,259.118**	**64,10**	**3,183.147**	**1,576.839**	**49,53**	**1,606.308**	**50,47**



(Bezahlte Anzeige einiger maßgeblich am AKW-Bau beteiligten Firmen in einigen großen Tageszeitungen.)

Vor der Volksabstimmung wurden die Leser der österreichischen Tageszeitungen mit den oben abgedruckten Inseraten „bombardiert", die den Eindruck erwecken, als ob sie von Kapitalisten und Arbeitern gemeinsam verfaßt wären. Tatsächlich handelte es sich bei ihnen, wie es „irrtümlich" einmal eine Grazer Zeitung abdruckte, um „bezahlte" Anzeigen der Industrie". Die Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke (WOGA) verteilte zu dieser Art von Propaganda ein Flugblatt mit nachstehendem Text:

Damit wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, daß Techniker, Angestellte und vor allem die Betriebsräte geschlossen für die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf wären.

In welchen Betrieben erteilten die Belegschaften in Abstimmungen den Betriebsräten den Auftrag, mit dem Firmenvorstand gemeinsam solche Inserate zu unterzeichnen? Welche Betriebsräte haben sich bisher namentlich in der Öffentlichkeit als Urheber solcher Inserate vorgestellt?

Siemens-Wien: In einer Abteilung unterschrieben innerhalb kürzester Zeit von ca. 350 Angestellten 117 folgende Protestresolution (die anwesenden Betriebsräte wußten angeblich nichts von diesem Inserat und wollten auch keinen Betriebsrat kennen, der dieses Inserat unterschrieben hätte):

RESOLUTION

An den Zentralbetriebsrat der Siemens AG Österreich

Am 20.10. erschien im KURIER in Form eines Inserates ein Aufruf, bei der Volksabstimmung über Zwentendorf mit „Ja" zu stimmen, der unter anderem auch vom Betriebsrat der Siemens AG Österreich unterzeichnet war. Dadurch könne in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, der Betriebsrat habe dieses Inserat mit ausdrücklicher Zustimmung der Belegschaft veröffentlicht.

Die Differenzen zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens in der Frage der Fortführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats

Von seiten des russischen Sozialimperialismus wird die Kommunistische Partei Chinas schon seit langem mit Hetztiraden auf ihre friedliebende Außenpolitik traktiert. Besonders die Ausarbeitung der „Theorie der Drei Welten“ durch Mao Tsetung, die zur Klassenlinie des Weltproletariats im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Hegemonismus und Krieg geworden ist, war ihnen ein Dorn im Auge. Diese Angriffe sollten das Sozialistische China isolieren und sich gleichzeitig günstig auf die Kriegsvorbereitungen des Sozialimperialismus auswirken. Die ständigen und konsequenten Warnungen der VR China vor dem Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft, das die Wurzel für einen neuen Weltkrieg darstellt und vor den besonders aggressiven Charakter der Sozialimperialisten sollte ungehört verhallen. Die Diktatur des Proletariats in der VR China sollte in Mißkredit gebracht werden, die Völker sich in Friedens- und Entspannungsillusionen wiegen.

Schon im vorigen Jahr hat die Partei der Arbeit Albaniens versteckte Angriffe gegen die Innen- und Außenpolitik der VR China gerichtet. Im Sommer 1978 haben sich die Angriffe gewaltig verschärft. Die Differenzen konzentrieren sich auf Fragen des internationalen Klassenkampfes, wobei die PAA in vielen Fragen praktisch eine Position bezieht, die auf die Positionen des russischen Sozialimperialismus hinausläuft. Diese Haltung der PAA zu Fragen des internationalen Klassenkampfes hängt eng mit den Positionen der PAA zu Fragen des Klassenkampfes im eigenen Land und mit den Positionen der PAA zur Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats zusammen. Diese Positionen und ihre Unterschiede zu den Positionen der Kommunistischen Partei Chinas sind Inhalt dieses Artikels.

Die PAA greift die große Proletarische Kulturrevolution an

Im Brief des ZK der PAA und der Regierung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien an das ZK der KP Chinas vom 29.7.1978 heißt es:

„*Sie (die PAA) unterstützte die Generallinie der Kulturrevolution der Liquidierung der kapitalistischen und revisionistischen Elemente, die Schlüsselpositionen in Partei und Staatsmacht an sich gerissen hatten, obwohl sie mit vielen prinzipiellen Fragen und Methoden, die bei dieser Revolution angewandt wurden und von denen sie geleitet wurden; nicht einverstanden war. Bei ihrer Unterstützung der Kulturrevolution hoffte unsere Partei, dabei werde der Weg des wahren revolutionären Kampfes, geführt von der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde, der Kommunistischen Partei, gefunden werden. Die ganze Periode der Großen Kulturrevolution war für den Sozialismus in China eine sehr schwierige Periode und schuf einen wirren und chaotischen Zustand. Dieser Zustand war das logische Ergebnis der prinzipienlosen fraktionistischen Kämpfe, die innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas in der Periode des Kampfes zur Entfaltung der bürgerlich-demokratischen Revolution und nach dem Jahr 1949 um den Weg, den China bei der Weiterentwicklung der Revolution verfolgen solle, geführt wurden.*“

Und weiter: „*Die Kulturrevolution behielt die meiste Zeit den Geist und die Handlungen eines prinzipienlosen, nicht von einer wahrhaften Partei der Arbeiterklasse, die entschlossen für die Errichtung der Diktatur des Proletariats kämpft, geführten Kampfes bei. Diese Auseinandersetzungen zwischen fraktionistischen Gruppen endeten so in China mit der Errichtung einer von bürgerlichen und revisionistischen Elementen beherrschten Macht.*“ (Brief des ZK der PAA, Seite 8)

Die Grundgedanken dieser Zeilen sind:

1. Die Weiterexistenz von Klassen und Klassenkämpfen im Sozialismus, vor allem die Existenz antagonistischer Klassen, wird negiert.
2. Davon ausgehend wird auch das Auftreten von Linienkämpfen in Partei und Staat nicht als notwendig, sondern als Folge subjektiver Fehler betrachtet.
3. Von einer marxistisch-leninistischen Partei wird dagegen gefordert und von vornherein angenommen, daß sie einheitlich, „ein monolithischer Block“ zu sein hat, der immer die richtige Linie verfolgt.

Solche metaphysischen Anschauungen findet man in vielen Dokumenten der PAA wieder. So auch im Parteitagsbericht von E. Hoxha vor dem VII. Parteitag der PAA:

„*Die Lage unseres Landes im Inneren hat sich durch einen scharfen Klassenkampf gefestigt und konsolidiert, den unsere Partei und unser Volk nachdrücklich an allen Fronten gegen den allseitigen Druck der feindlichen, imperialistisch-revisionistischen Einkreisung geführt haben, gegen ihre täglich stürmisch gegen unser Land anbrandende ideologische Aggression sowie gegen die gefährliche feindliche Tätigkeit innerhalb des Landes und in den Reihen der Partei selbst. Angesichts der ehernen Geschlossenheit der Partei und des Volkes wurden die Angriffe und Verschwörungen der äußeren und inneren Feinde gegen die Partei und unsere sozialistische Gesellschaftsordnung, gegen die Freiheit und die Unabhängigkeit des Vaterlandes, zu Schutt und Asche.*

Wie die albanischen Kommunisten und unser ganzes Volk wissen, enthüllte und vereitelte die Partei in den letzten Jahren die parteifeindliche, verräterische und verschwörerische Tätigkeit von Fadil Pakami und Todi Lubonja; von Beqir Balluku , Petrit Dume und Hito Cako; von Abdyl Kellezi, Koço Theodhosi und Kiço Ngjela. (Es handelt sich hier um ZK-Mitglieder, darunter vier Minister.) *Im Zusammenwirken auch mit den äußeren Feinden wollten sie dem Revisionismus Tür und Tor öffnen, die Diktatur des Proletariats zerstören und die Unabhängigkeit des Vaterlandes liquidieren.*“ (VII. Parteitag der PAA, Bericht von E., Hoxha, Albanien Heute 6/76, Seite 10).

Ohne auf den Inhalt dieser doch schweren Auseinandersetzungen einzugehen, wird hier die Zerschlagung von parteifeindlichen Cliquen gemeldet. Charakteristisch ist dabei, neben den schon oben genannten Vorstellungen, der immer wiederkehrende Gedanke, daß es sich bei den Differenzen um Folgen der imperialistischen Einkreisungen und imperialistischen Aggressionsakte handle. Die Feinde werden als Agenten, als Eindringlinge betrachtet. Die Existenz von Liniendifferenzen auf dem Boden von existierenden antagonistischen Klassenwidersprüchen so auf einfache Weise umgangen. Kämpfe in der Partei werden als ausländische Agententätigkeit geahndet und ihre Träger liquidiert. Der Friede ist wiederhergestellt — bis zur nächsten Auseinandersetzung. Von diesen idealistischen Anschauungen der albanischen Führer über die marxistisch-leninistische Partei als monolithischen Block zur These der Sowjetrevisionisten von der Partei des ganzen Volkes ist es nicht mehr weit.

Wie unterscheiden sich diese Positionen von den Aussagen der Führer der KP Chinas! Die chinesischen Führer gehen davon aus, daß gerade diese Negierung der Existenz von antagonistischen Klassenwidersprüchen im Sozialismus mit eine wichtige Ursache für die revisionistische Entartung der Sowjetunion und für die Restauration des Kapitalismus war.

In seinem Aufsatz „Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats bis zur Vollendung — Zum Studium von Band 5 der „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs“ schreibt Genosse Hua Guo-feng: „*Der Grundgedanke, der den fünften Band der ‚Ausgewählten Werke Mao Tsetungs' durchzieht (im Band 5 sind Aufsätze, Artikel und Reden Mao Tsetungs aus der Zeit 1949 – 1956 enthalten) ist das Festhalten an dem marxistischen Grundsatz der ununterbrochenen Revolution und seine Weiterentwicklung, der sofortige Übergang nach der Machteroberung durch das Proletariat von der demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution und die Weiterführung der sozialistischen Revolution unter der Diktatur des Proletariats*“. (Seite 4)



„Obwohl die Bourgeoisie gestürzt worden ist, versucht sie immer noch, die alten Ideen, die alte Kultur, die alten Sitten und Gebräuche der Ausbeuterklassen zu verwenden, um die Massen zu korrumpieren, ihre Herzen zu gewinnen und sich anzustrengen, ein Comeback zu inszenieren. Das Proletariat muß genau das Gegenteil tun: es muß jeder Herausforderung der Bourgeoisie im ideologischen Gebiet hartnäkkig begegnen und neue Ideen, eine neue Kultur, neue Sitten und Gebräuche des Proletariats anwenden, um das geistige Antlitz der Gesellschaft zu ändern.“ „Das Ziel bei der großen Proletarischen Kulturrevolution ist die Revolutionierung der Ideologie der Menschen, damit die Arbeit auf allen Gebieten mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher geleistet wird.“ (Aus dem Beschluß des ZK der KPCh über die große proletarische Kulturrevolution, 8.8.1966). Die weitere sozialistische Umgestaltung der Verhältnisse der Menschen zueinander in der Produktion war ein wichtiger Teil davon. FOTO: Jugendliche mit Mittelschulbildung testen gemeinsam mit einem einheimischen Bauern in der Hungchi-Produktionsbrigade (Provinz Kiangsu) die Leistung einer Pumpe. Im Foto links unten das Modell der von ihnen entwickelten Pumpe.

In seinem Aufsatz über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats führt Genosse Hua Guo-feng die Position der KP Chinas zu dieser Frage aus und zieht die historischen Erfahrungen für die internationale Arbeiterbewegung. „*Aber Lenin starb zu früh. Er konnte nicht mehr mit eigenen Augen die Vollendung der sozialistischen Umgestaltung des Eigentums an den Produktionsmitteln erleben und daher diese Frage nicht eindeutig und korrekt lösen. Stalin war ein großer Marxist-Leninist. Er setzte das Werk Lenins fort, leitete das Sowjetvolk bei der Verwirklichung der sozialistischen Industrialisierung und landwirtschaftlichen Kollektivierung und bei der Erringung des Sieges im antifaschistischen Krieg. In der Praxis führte er einen entschlossenen Kampf gegen die konterrevolutionären Repräsentanten der Bourgeoisie, die sich in die Partei eingeschlichen hatten. Theoretisch allerdings leugnete er, daß es in der Sowjetunion, nach Vollendung der landwirtschaftlichen Kollektivierung immer noch Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie, Widersprüche zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen Weg gab. Lange Zeit betrachtete er die sozialistische Gesellschaft nicht unter dem materialistisch-dialektischen Gesichtspunkt der Einheit der Gegensätze, sondern nur als ein einheitliches Ganzes ohne Widersprüche. Unter dem Einfluß dieser Ansicht war in der internationalen kommunistischen Bewegung lange Zeit die Auffassung verbreitet, derzufolge man leugnete, daß nach der sozialistischen Umgestaltung des Eigentums an den Produktionsmitteln weiterhin Klassenkämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie existieren, daß diese Klassenkämpfe in innerparteilichen Linienkämpfen ihren Ausdruck finden und daß die Gefahr einer kapitalistischen Restauration nach wie vor besteht. Die Chruschtschowsche Renegatenclique riß die Führungsmacht in der KPdSU und im Sowjetstaat an sich und restaurierte in der Sowjetunion den Kapitalismus. Für die Marxisten-Leninisten war dies eine bittere Lehre, die sie vor die dringende Aufgabe stellte, gewissenhaft die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats zusammenzufassen und die Probleme in dieser Hinsicht neu zu überdenken.*“ (Peking 1977, S. 12f)

Die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus durch die Lehre Maos von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats.

Die Notwendigkeit der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats wurde von der KP Chinas schon früh diskutiert. Nach dem konterrevolutionären Aufstand in Ungarn verfaßte Genosse Mao Tsetung die historische Schrift „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“.

Mao Tsetung untersuchte in dieser Schrift, die Auseinandersetzungen im sozialistischen China und ihre ökonomischen Grundlagen sowie die Mittel und Methoden für die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats. Zur Lage im sozialistischen China 1957 stellt Mao fest: **„In unserem Land ist, was das Eigentumssystem betrifft, die sozialistische Umgestaltung im wesentlichen vollzogen und sind die für die Periode der Revolution charakteristischen umfassenden und stürmischen Klassenkämpfe der Massen im wesentlichen beendet. Überreste der gestürzten Klassen der Grundherren und Kompradoren sind aber noch vorhanden, die Bourgeoisie besteht noch, und das Kleinbürgertum ist gerade erst im Begriff, sich umzuerziehen. Der Klassenkampf ist noch nicht zu Ende.“**

Der Gedanke, den Lenin in seiner Schrift über „Die Proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ schon entwickelte, daß **erstens** nach dem Sturz der Bourgeoisie die ehemaligen Ausbeuter alle ihre Energie mit letzter Anspannung dazu verwenden, wieder die Macht an sich zu reißen, und dazu ihre traditionellen Verbindungen nutzen, wird unterstrichen, sowie **zweitens** der Umstand, daß es auch im Sozialismus noch Kleinproduktion gibt, die „täglich, stündlich und im Massenumfang Kapitalismus hervorbringt“ als Grundlage für die Existenz antagonistischer Klassen herausgearbeitet. Mao bleibt dabei jedoch nicht stehen. Er unterstrich, daß nicht nur die ehemaligen Ausbeuter und die Existenz von Kleinproduktion potentielle Betreiber für die Restauration des Kapitalismus sein können, sondern daß die Hauptgefahr von den bürgerlichen und revisionistischen Elementen in der Vorhutpartei des Proletariats, der Kommunistischen Partei, ausgeht.

Er führte dazu aus: **„Man macht die Revolution, und weiß nicht, wo die Bourgeoisie**

ist! Sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei."

Die albanischen Führer leugnen alle drei Gesichtspunkte, besonders aber den letzten.

Schon oben wurde an einem Ausschnitt aus der Rede Hoxhas auf dem 7. Parteitag ausgeführt, wie die Klassen- und Klassenwidersprüche, die es im Sozialismus — der Übergangepoche zwischen Kapitalismus und Kommunismus — noch gibt, von den albanischen Führer ignoriert werden und sich für sie die Weiterführung der Revolution nur mehr als die Wahl zwischen den zwei Wegen, nämlich dem sozialistischen und dem kapitalistischen, stellt. Von da her ist die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats nicht mehr gegeben und dem Revisionismus ein weiter Spielraum eröffnet.

Daß die albanischen Führer jedoch das Aufkommen und die Existenz bürgerlicher Kräfte in der Partei vollständig für vermeidbar halten, zeigen ihre theoretischen Ausführungen dazu immer wieder.

„Die Existenz einer einzigen Linie ist eine der Grundfragen der Partei, denn auf dieser Basis baut sie die ganze revolutionäre Strategie und Taktik auf. . . .

Es kennzeichnete schon immer die Partei der Arbeit Albaniens, daß sie in ihrem ganzen, von revolutionären Kämpfen erfüllten, Leben nur eine einzige Linie hatte, die den konkreten Bedingungen unseres Landes entspricht. ‚Unsere Partei', lehrt Genosse Enver Hoxha, ‚hat nie zugelassen, daß es in ihren Reihen Fraktionen gibt, und sie wird dies nie dulden, sie hatte schon immer eine einzige marxistisch-leninistische Linie, die sie entschieden umgesetzt hat." (Albanien heute 3/78, Seite 52)

Wie unterscheiden sich doch diese Ausführungen von den Positionen des Genossen Mao und Genossen Hua Guo-feng, die beharrlich betonen, daß nach den Erfahrungen in der Sowjetunion die Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern diesem Problem besondere Aufmerskamkeit zuwenden müssen.

Nicht geht es darum, daß natürlich auch die KP Chinas der Ansicht ist, daß der Kampf um die richtige Linie in der Partei geführt werden muß. Es geht um die Sichtweise und die Methoden. Während die Kommunistische Partei Chinas offensichtlich davon ausgeht, daß es in der Periode des Sozialismus noch Klassen und Klassenkämpfe gibt, und sich diese Kämpfe auch in der Kommunistischen Partei abspielen müssen; während die Kommunistische Partei Chinas davon ausgeht, daß diese Kämpfe unter Mobilisierung der Partei und der Volksmassen bis zum jedesmaligen Sieg der richtigen Linie durchgefochten werden müssen, ansonsten schwere Gefahr für die Revolution droht, vertritt die Partei der Arbeit Albaniens die Ansicht, daß die Partei als monolithischer Block die richtige Linie vertritt, diese richtige Linie nur durch eingeschlichene Agenten angegriffen werden könnte, und es nur darum ginge, die richtige Linie im Volk durchzusetzen. So betrachtet, erscheint die sozialistische Gesellschaft als einheitliches Ganzes ohne Widersprüche, was den bürgerlichen Elementen und Revisionisten in der Partei natürlich entschieden entgegenkommt.

Mao wies immer darauf hin, daß eine, ja die entscheidende, Wurzel des Entstehens bürgerlicher Elemente in der Partei, sowie überkommener Produktionsweisen (z.B. der Kleinproduktion) in der Unterentwickeltheit der Produktivkräfte zu suchen ist.

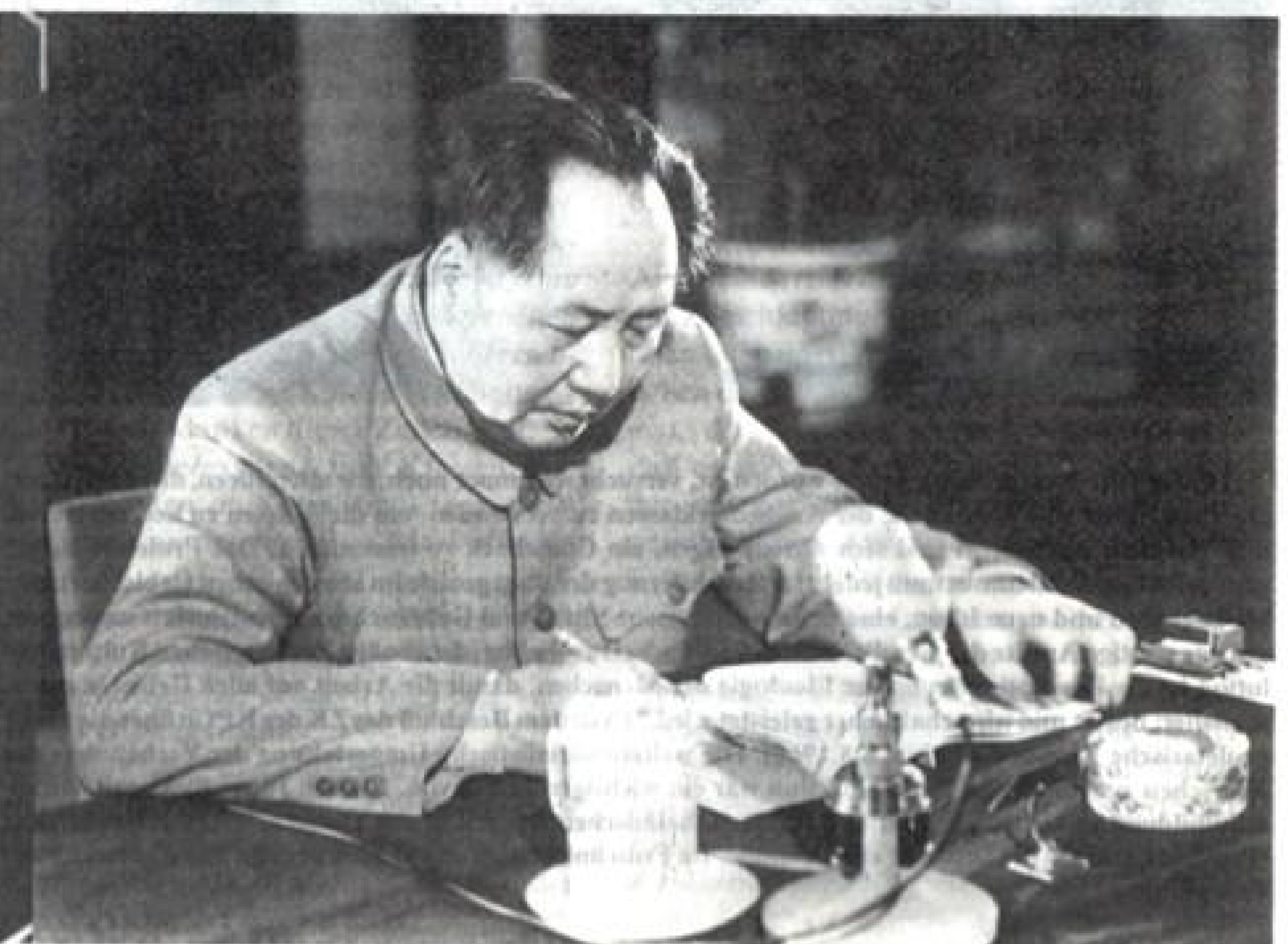
Schon 1957 führte er dazu aus: **„Das Ziel der sozialistischen Revolution ist die Befreiung der Produktivkräfte. Die Verwandlung des individuellen Eigentums in der Landwirtschaft und im Handwerk in sozialistisches Kollektiveigentum und die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums in den privaten Industrie- und Handelsbetrieben in sozialistisches Eigentum wird unweigerliche zu einer enormen Freisetzung von Produktivkräften führen . . . Der Kampf für die Festigung des sozialistischen Systeme, der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus um die Entscheidung, wer wen endgültig besiegt, wird sich bei uns noch über eine sehr lange Geschichtsperiode erstrecken. Aber wir alle müssen einsehen, daß dieses neue sozialistische System zweifelsohne gefestigt werden wird. Wir können bestimmt ein sozialistisches Land mit moderner Industrie, moderner Landwirtschaft und moderner Wissenschaft und Kultur aufbauen."** (Rede auf der Landeskonferenz der KP Chinas über Propagandaarbeit, 1957)

Die Viererbande versuchte diese wesentliche Seite an der Fortführung der Revolution, nämlich wie es die KP Chinas heute ausdrückt, **„Mit dem Ergreifen des Hauptkettengliedes ‚Klassenkampf' die Probleme Chinas gut regeln"**, zu verfälschen und auf das Niveau reiner Beteuerungen der prinzipienhaften Fortsetzung der Revolution herunterzubringen. Damit ist sie gescheitert.

Der Marxismus-Leninismus wird über den Revisionismus triumphieren.

Zweifellos handelt es sich bei der Partei der Arbeit Albaniens in der Frage der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats um ernsthafte révisionistische Abweichungen vom Marxismus-Leninismus und der Mao-Tsetung-Ideen. Diese Abweichungen werden in der marxistisch-leninistischen Bewegung beurteilt und kritisiert. Dabei sollte man beachten, daß das albanische Volk eine ruhmvolle revolutionäre Vergangenheit hat, und daß auch die PAA auf eine lange revolutionäre Geschichte zurückblickt.

Mao hat deshalb schon 1962 darauf hingewiesen: *„Die Volksmassen aller Länder, die Masse der Bevölkerung, die mehr als 90 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, wollen unbedingt die Revolution und werden schließlich den Marxismus-Leninismus unterstützen. Sie werden den Revisionismus nicht unterstützen."* (Rede Maos 1962)



Quartalsbericht zur wirtschaftlichen Lage

Wir planen ab dieser Nummer des Kommunist regelmäßig Berichte über die wirtschaftliche Lage in der Welt und in Österreich zu bringen. Der Zweck dieser ca. alle drei Monate erscheinenden Berichte soll sein:

- Ein einigermaßen zusammenfassendes Bild der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit zu geben, und zwar in einer relativ festen Form, um die Berichte besser untereinander vergleichbar zu machen und um den Lesern schneller das wichtigste Zahlenmaterial zur Hand zu geben.
- Wichtige Einzelerscheinungen in der Welt und in Österreich in diesem Zusammenhang zu analysieren bzw. darzustellen.
- Die Prognosen der bürgerlichen Ökonomen über die Wirtschaftsentwicklung darzustellen und deren Vorhersagen zu kritisieren.

Ausgangspunkte der Berichte werden dabei die „Quartalsberichte des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes" (WIFO) sein. In dieser bürgerlichen Publikation wird die beste und umfassendste Zusammenfassung der Wirtschaftsentwicklung des letzten Halbjahres in Österreich gegeben und werden regelmäßige Prognosen erstellt, die wir hier besprechen und kritisieren werden.

Vorerst noch einmal dazu, was unsere Berichte **nicht** sein können:

- Eine Analyse, die qualitativ und quantitativ besser die Wirtschaftsentwicklung der letzten Zeit darstellt, als das in Publikationen wie dem WIFO der Fall ist.
- Eine genauere Prognose der „Wirtschaftsentwicklung" als das in ebendiesen Zeitschriften der Fall ist.

Warum? Der erste Punkt versteht sich von selbst: Erstens weiß überhaupt niemand schon vom Material her, welche Widersprüche der kapitalistischen Produktion sich in den letzten drei Monaten herausgebildet haben, da die Zahlenreihen meist gute drei Monate alt sind und solche wichtigen Größen, wie die Entwicklung des Profits überhaupt erst sechs Monate bis ein Jahr später bekannt werden.

Zweitens sitzen wir nicht an der Quelle dieser Daten, bekommen sie **noch** wesentlich später und sind auch nicht in der Lage, sie eigenständig umfassend auszuwerten.

Nicht anders ist es bei einer Analyse der kurzfristigen Entwicklung im nächsten Halbjahr bis Jahr. Auch hier haben wir weder das Material, noch können wir es umfassend auswerten.

Allerdings haben wir etwas sowohl der Einschätzung wie der Prognose der bürgerlichen Ökonomen voraus: Wir haben ein relativ richtiges Bild der politischen und auch ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus und Imperialismus, da uns durch das Studium der marxistischen politischen Ökonomie die grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus und seiner Bewegungsgesetze bekannt sind und wir zunehmend versuchen, ausgehend von diesen Widersprüchen, unsere ökonomischen Analysen anzupacken. Wir können daher all die Zahlenreihen und kurzfristigen Prognosen in einem anderen und richtigen Zusammenhang sehen.

Gleichzeitig können wir diese Einschätzungen - auch die Zahlenreihen, die wir von den bürgerlichen Ökonomen abschreiben - in der täglichen Praxis überprüfen und sie ins richtige Licht rücken.

Wir stehen erst am Beginn einer genauen und wissenschaftlichen Analyse der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus in Österreich nach 1945. In dem Maße, in dem wir dabei unsere Kenntnisse vertiefen, werden auch unsere Quartalsberichte auf besseren Grundlagen stehen können.

die Redaktion

Die internationale Situation

Die Krise 1975 und die wirtschaftliche Entwicklung seither haben gezeigt: Die Akkumulation von Kapital, die in der Periode nach dem zweiten Weltkrieg zumindest in Westeuropa und in Japan scheinbar relativ ungestört vor sich gegangen ist, ist zu den Mitteln, mit denen diese Akkumulation weitergetrieben werden soll, in Widerspruch geraten.

Der Widerspruch ist folgender: Zweck der Produktion im Kapitalismus ist die Verwertung des Kapitals, denn den Kapitalisten geht es ausschließlich um den Profit. Das Mittel dazu ist die Entwicklung der Produktivkräfte, die es dem Kapitalisten gestattet, Extraprofit gegenüber seinen Konkurrenten zu machen und die es der ganzen Kapitalistenklasse gestattet, den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken.

Die Entwicklung der Produktivkräfte **verschlechtert** aber tendenziell die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals. Die Profitrate sinkt in langer Sicht und ist z.B. in Österreich, wie der Artikel über die Krise 1975 im Heft 7/78 des „Kommunist" zeigt, auch tatsächlich gesunken.

Aber nicht nur allgemeine Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus hat zu einer Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals geführt. Die Krise des Imperialismus hat die Möglichkeiten der Kapitalisten scharf eingeschränkt, den Fall der Profitrate dadurch zu verlangsamen, daß die Preise der Rohstoffe und Vorprodukte gedrückt werden. Der Kampf der Länder der Dritten Welt gegen die Ausplünderung und gegen das Preisdiktat der Imperialisten bei Rohstoffen bewirkt notwendig, daß der tendenzielle Fall der Profitrate verstärkt wirksam wird.

Diese langfristige Entwicklung verschärft alle Widersprüche des Kapitalismus und Imperialismus. *„Die Krisen werden schwerer und länger, weil mehr Kapital vernichtet bzw. außer Betrieb genommen werden muß, um die Verwertungsbedingungen zumindest zeitweilig zu verbessern und zumindest zeitweilig die Verwertungsbedingungen zu verbessern: Es muß mehr Kapital vernichtet werden, damit sich die Profitrate wieder erhöht. Alle Widersprüche der kapitalistischen Produktion bekommen mehr Gewicht, weil der Aufschwung zaghafter und schwieriger ist.*

Auch die Perioden der Stagnation nach der Krise verlängern sich, weil die Profiterwartungen weiterhin gering bleiben und wenig investiert wird. Dafür verstärkt sich der Kapitalexport, durch den die großen Monopole Extraprofite zu erringen versuchen.

Mit einem Wort, wir haben eben die Situation, in der sich die kapitalistische Weltwirtschaft momentan befindet: Investitionsunlust, Überkapazitäten, eine riesige Reservearmee, die sich nicht verringert." (Fakten zur Einschätzung der Krise 1975, Kommunist 7/78, Seite 314)

Gibt es eine Dauerstagnation?

Das alles heißt aber nicht, daß der Kapitalismus jetzt in eine Dauerstagnation gerät. Natürlich gibt es den Krisenzyklus weiterhin, d.h., es gibt auch weiterhin Phasen zeitweiligen Aufschwungs. Hat die Krise und die darauffolgende Depression genügend Kapital vernichtet und konnte die Ausbeutung durch Rationalisierungsinvestitionen — d.h. einer neuerlichen Produktivkraftentwicklung — Druck auf den Lohn, Beschleunigung des Arbeitstempos usw. gesteigert werden, so wird zweifellos die Produktion wiederum expan-

dieren.

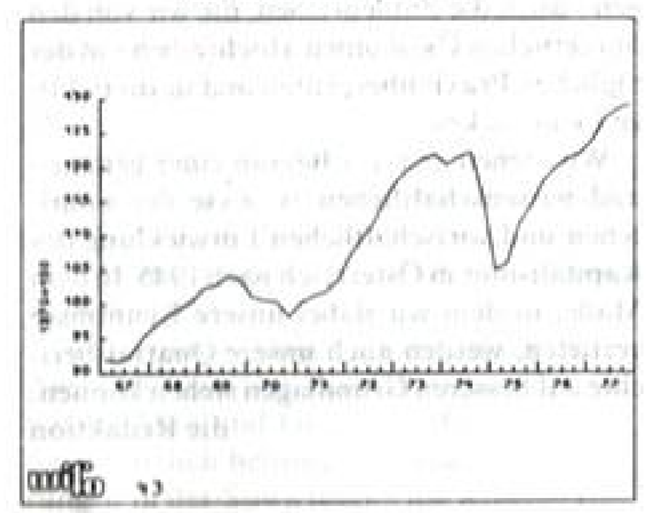
Aber diese Expansion ist schwächer als früher — vor allem in Westeuropa und Japan, denn in den USA war sie schon vorher ziemlich schwach — sie erfaßt nicht alle Bereiche und auch nicht alle Länder.

Was diesen Zyklus in Westeuropa und Japan auch von den Zyklen von vor zehn Jahren unterscheidet, ist, daß auch während der Expansion ein riesiges Arbeitslosenheer vorhanden ist, und die Konjunktur ganz offensichtlich nicht an der Produktionskapazität oder den Schwierigkeiten, die Anzahl der ausbeutbaren Arbeiter zu erhöhen, ihre Schranke findet. Was sich daher im Krisenzyklus immer offener zeigt, ist, daß Überproduktion — Überfluß an Kapital — einhergeht mit Überfluß an Bevölkerung, daß das Kapital selbst eine Schranke für die kapitalistische Produktion ist.

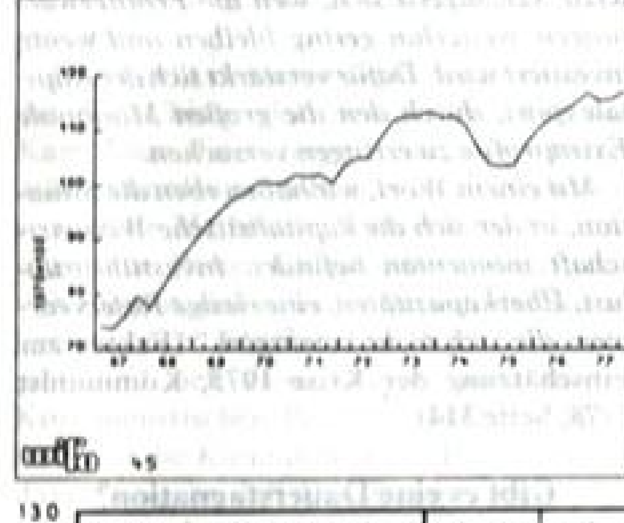
Die Lage in den USA und Westeuropa (BRD)

Österreich ist eng verflochten mit den westlichen imperialistischen Ländern. Um die Entwicklung in Österreich abzuschätzen, ist es daher notwendig, einerseits die Situation in Westeuropa — vor allem der BRD, aber auch der USA — im Auge zu haben. Letztere, weil der Zyklus der USA weitgehende Auswirkungen auf Westeuropa hat, und eine schwere Krise in den USA bei gleichzeitiger Konjunktur in Westeuropa kaum vorstellbar ist.

Industrieproduktion der USA



Industrieproduktion der Bundesrepublik Deutschland



Produktion, 1970=100 Europäische Gemeinschaft

Betrachten wir die Industrieproduktion in den USA, der EG und der BRD: Sie ist die zentrale Größe, die letztlich über Auf- bzw. Abschwung im Kapitalismus Auskunft gibt.

Wie die Kurven zeigen, bestehen dabei zwischen den USA und Westeuropa (wir haben hier eine Kurve der EG, aber in den anderen Ländern ist die Lage auch nicht wesentlich verschieden) bedeutende Unterschiede:

Während in der EG — und auch in der BRD — die Industrieproduktion praktisch stagniert, schaut die Situation in den USA anders aus. Die Industrieproduktion ist dort ganz bedeutend über das Niveau von 1973 gewachsen. Der Zyklus in den USA scheint sich also von dem in den Jahren 1971 — 1975 nicht wesentlich zu unterscheiden.

Daran ist auch in gewissem Sinn etwas Wahres: Schon die Krisenzyklen davor waren durch die Tatsache gekennzeichnet, daß es auch noch in der „Hochkonjunktur" Millionen von Arbeitslosen gibt, und daß die Kapazitätsauslastung der Industrie während dieser Zeit gerade den Krisenwert für Westeuropa in den 60er-Jahren erreicht. Nicht anders ist es jetzt. Während sich schon wieder die nächste Krise ankündigt, hat die offizielle Arbeitslosenrate 6% gerade unterschritten, das sind über 5,5 Millionen offizielle Arbeitslose. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit dürfte allerdings — wie selbst bürgerliche Ökonomen einschätzen — weit höher liegen. Die Kapazitätsauslastung der Industrie hat laut Carter-Administration 85%, das heißt, ca. den Wert von 1974 erreicht. (In Österreich war die Kapazitätsauslastung im Jahre 1974 89%.)

Die nächste Krise in den USA droht

Aber das ist nur die eine Seite. Wie in den anderen Zyklen gab es eine Erhöhung der Produktion über den letzten Maximalwert, wie vorher verringerte sich die Reservearmee nur wenig, aber wenn man sich die Kurve der Industrieproduktion anschaut, dann sieht man, daß es da ganz wesentliche Unterschiede gibt. 1972, 73 war von der Industrieproduktion her tatsächlich ein Boom. Der Anstieg nach 1975 wirkt nur deshalb so lang und kontinuierlich, weil der Absturz davor sehr schroff war. Stieg die Produktion 1972/73 um ca. 18 % über den Höchstwert davor, so jetzt um ca. 11%.

Ebenso bei der Arbeitslosigkeit. „Sank" die Arbeitslosigkeit 1973 auf 4,3 Millionen oder 4,9%, so sind es jetzt 5,5 Millionen und 6%. Auch gab es in wichtigen Bereichen der Industrie trotz der Stillegung bedeutender Produktionskapazitäten keinen wirklichen Aufschwung. So vor allem in der Stahlindustrie, die in den USA ebenso wie in den anderen imperialistischen Ländern große Überkapazitäten hat.

Momentan deuten verschiedene Faktoren darauf hin, daß es 1979 zur nächsten Überproduktionskrise in den USA kommt:

— Die Inflationsrate hat fast 10% erreicht. Das Außenhandelsdefizit hat sich stark vergrößert, und der Kurswert des Dollars sinkt beinahe kontinuierlich. Die Inflation verstärkt aber einerseits Disproportionalitäten, da sie die tatsächliche Überproduktion eine Zeitlang verschleiert, verringert noch die Massenkaufkraft, verstärkt also die Krisenelemente; andererseits wird die Regierung durch den Dollarverfall und die Inflation ihrerseits gezwungen, Kredite einzuschränken und teurer zu machen. So wurde der Diskontsatz auf 9,5% erhöht (Zu diesem Zinssatz können sich Banken beim zentralen Federal Reserve Board Geld leihen).

Zwar wird von bürgerlichen Ökonomen behauptet, daß die Gewinnlage der Unternehmer gut sei, aber die Frage ist, wie weit hier nicht die Inflation gerade die Tatsachen verschleiert.

—Stieg auch die Industrieproduktion im letzten Halbjahr noch an, so war es praktisch **ausschließlich die Investitionsgüterindustrie, die ihre Produktion ausweitete. Die Konsumgüterindustrie stagniert schon seit einem halben Jahr. Das heißt, es wird die Warenproduktion, die als Kapital eingesetzt werden soll, noch gesteigert, während der Massenkonsum stagniert.**

In den USA also, die relativ den größten Produktionszuwachs der westlichen imperialistischen Länder hat, zeichnen sich Tendenzen einer neuen Krise ab. So schätzt auch die Mehrzahl der von der Regierung unabhängigen US-Ökonomen eine Krise für 1979 für wahrscheinlich ein. Die Krise 1979 würde auch genau dem fast exakt 4-Jahresrythmus des Krisenzyklus entsprechen.

In der BRD: Es herrscht noch immer Stagnation

Wie die Kurve über die Industrieproduktion der BRD zeigt, wurde der Wert von 1973 seither nur geringfügig überschritten. Im Gegenteil zu Beginn des Jahres 1978 sank die Produktion noch ab. Sämtliche Auf- und Abschwünge der Industrieproduktion seit der Krise 1975 waren in der BRD praktisch nur Wirkungen der diversen kurzfristigen Konjunkturprogramme der Regierung, bzw. widerspiegeln die Vergrößerungen und Verkleinerungen der Lager je nach Preisen und Erwartungen der Kapitalisten.

Nirgends in den EG-Staaten ist das Geschrei so laut, daß die schlechten Gewinnaussichten der Grund sind, weshalb nicht mehr investiert wird. Grund dafür ist, daß die Vergrößerung des konstanten Kapitals — Ausdruck der Produktivkraftentwicklung — in Westdeutschland besonders stark ist und die früheren Kapitalentwertungen, die dem Fall der Profitrate entgegenwirken, weniger stark als in anderen Ländern waren. So konnte die BRD der Krise 1967 teilweise ausweichen, indem der Produktionsrückgang durch eine Exportoffensive abgefangen wurde. Die Kapitalproduktivität, die sich durch einen hohen Anteil des konstanten Kapitals verringern muß, hat sich auch seit den 60er-Jahren rapid verringert — schneller noch als in Österreich (siehe dazu „Fakten . . . Seite 313).

Ein weiterer Grund dafür, daß gerade in der BRD das Gejammer über die zu niedrigen Profite so laut ist, könnte in der relativ niedrigen Inflationsrate und in der Aufwertsbewegung der DM liegen. Während letztere die Exportpreise drückt, bewirkt die geringe Inflation, daß man keine inflationären Scheingewinne macht.

Das heißt, das Geschrei über zu wenig Profit hat sowohl eine langfristige als auch eine kurzfristige Grundlage in der BRD. Die Profitaussichten waren in den letzten Jahren tatsächlich schlecht für die westdeutsche Kapitalistenklasse. In den letzten Monaten nun hoffen die deutschen Kapitalisten wieder auf bessere Zeiten, nachdem die Auftragslage sich relativ stark gebessert hat. Die Industrieauftragseingänge sind um ca. 8% gegenüber 1977 gestiegen. Die unvermindert große Reservearmee — seit 1975 sank die Arbeitslosenzahl nur selten unter eine Million, der Druck auf den Reallohn und die gewaltige Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse haben bisher die Kapitalisten nicht aus der Krise herausgeführt. Die Frage ist, ob die Kapitalvernichtung und Produktionsumschichtung so bedeutend war, daß sich die Verwertungsbedingungen in der BRD wesentlich verbessert haben, und die Investitionen den Kapitalisten „ausreichende" Gewinne versprechen.

Dabei muß bedacht werden, daß die Möglichkeit zu akkumulieren, gerade in der BRD letztlich von der Möglichkeit, den Export weiter zu steigern, abhängt, und, da die BRD in erster Linie Produktionsmittel exportiert, von den Möglichkeiten der Kapitalakkumulation in den Exportländern.

So scheint es nicht unwahrscheinlich, daß der geringe Trend zur Produktionssteigerung von der Abwärtsentwicklung in den USA sehr schnell im Keim erstickt wird.

Die Lage in Österreich

So wie in Westeuropa ist auch die Lage in Österreich durch Stagnation gekennzeichnet. Die Industrieproduktion ist nur unwesentlich über den Stand von 1974 gestiegen. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten hat sich verringert. Im ersten Halbjahr 1978 lag die Industrieproduktion um 0,7% über dem ersten Halbjahr 1977.

In Österreich hat sich die Krise 1975 und die folgende Stagnation bisher noch nicht an einem raschen Anwachsen der Reservearmee bemerkbar gemacht. Zwar stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 2,1% und vermehrten sich auch andere Bestandteile der Reservearmee, die in der Arbeitslosenziffer keinen Niederschlag finden (Schulabgänger, Hausfrauen etc.), aber im Vergleich zu den anderen westlichen imperialistischen Staaten, wie z.B. der BRD, ist die Zahl der Arbeitslosen relativ gering.

Die Krise 1975 war in Österreich keinesfalls geringer als in anderen Ländern. Die Industrieproduktion ging im Schnitt um 8% zurück, die Entwicklung seither ließ ganze Industriebereiche erkennen, in denen die österreichischen Kapitalisten ihre Konkurrenzfähigkeit verloren, wie die Textil- und Lederindustrie usw. Teilweise sind Produktionsbereiche unter Druck geraten, die noch nach der Krise 1967 besonders expansiv waren, wie z.B. die Produktion relativ einfacher Konsumgüter, die nur geringes technisches Wissen erfordern, und jetzt bei einem engeren Markt mit Produkten aus den Ländern der Dritten Welt, aber auch aus dem Ostblock, in Konkurrenz stehen.

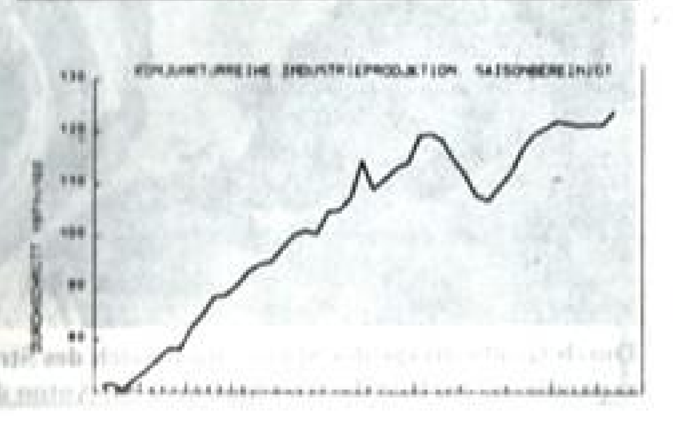
Eine widersprüchliche Entwicklung?

Auf der einen Seite haben sich also in Österreich nicht nur generell schlechte Verwertungsbedingungen herausgebildet, sondern geraten auch gerade die Produkte, mit denen die österreichische Bourgeoisie in vergangenen Jahren große Profite machte, in eine schwierige Lage — auf der anderen Seite hat die Krise relativ lange Zeit geringere Auswirkungen auf die arbeitende Bevölkerung gehabt als in den konkurrierenden kapitalistischen Ländern.

Diese beiden widersprüchlichen Entwicklungen können auf die Dauer nicht nebeneinander bestehen. Neben der Politik der Regierung, sich zu verschulden, und den Kapitalisten Aufträge für Bundesheer, Straßenbau etc. zu geben, die die Krise für Einzelbetriebe höchstens kurzfristig mildern konnte, war es vor allem der Bedarf an Arbeitskräften im Dienstleistungsbereich (das sind Banken, Versicherungen, Handel, Fremdenverkehr usw.) sowie ein weiterer Ausbau des Staatsapparates, der die relativ geringe Arbeitslosigkeit bewirkte und so trotz Industriekrise bisher eine Vervielfachung der Arbeitslosenzahlen verhinderte.

Was aber in Zukunft? Gerade in Österreich deutet nichts darauf hin, daß plötzlich die Industrie wesentlich bessere Möglichkeiten vorfindet, die Profite zu vergrößern, die Akkumulation kräftig zu beschleunigen und so die Industriebeschäftigung auszudehnen. Das heißt aber, daß einerseits die Entlassungen in der Industrie relativ zunehmen werden, weil Kapazitäten abgebaut und ganze Produktionsbereiche mehr oder weniger aufgelassen werden, andererseits ganz sicher der Bedarf an Arbeitskräften in den Dienstleistungsbereichen nicht weiter steigen wird.

	1977	1978
	Veränderungen gegen Vorjahr in %	
Industrieproduktion (ohne Energie)	+ 3,8	+ 0,7
Beschäftigung	+ 0,8	- 1,5
Produktivität	+ 3,0	+ 2,2



Die Auswirkungen der Krise 75 und der Widersprüche, die in der Krise an den Tag traten, werden sich bezüglich der Arbeitslosigkeit erst in vollem Umfang bemerkbar machen. In Österreich wird sich das „normale" Ausmaß einer kapitalistischen Reservearmee entwickeln.

Industrieproduktion

Die Industrieproduktion ist deshalb im ersten Halbjahr um 0,7% gestiegen, weil sie nach einem absoluten Rückgang (-0,5%) während der ersten 3 Monate in der Folge um 1,7% stieg. D.h. ähnlich wie in der BRD scheint nach einem Rückgang der Produktion ab Herbst 77, sich im Sommer eine Wende zu etwas vergrößerter Produktion entwikkelt zu haben. Darauf deutet auch die Verbesserung der Auftragslage hin, d.h. es sind mehr Aufträge als im Vorjahr eingegangen.

Wie die Tabelle über die einzelnen Branchen zeigt, ist die Entwicklung sehr uneinheitlich: In der Leder, Textil, Fahrzeugindustrie verringerte sich die Produktion. Ebenso bei den (Bunt)Metallhütten und der Stein- und keramischen Industrie, die Baumaterialien herstellen. (Tabelle siehe nächste Seite)

Sowohl insgesamt, als auch in allen Branchen mit Ausnahme von Glas und Maschinen verringerte sich gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten.

Im Juni 78 arbeiteten insgesamt um ca. 60.000 Leute weniger in der Industrie als im Durchschnitt des Jahres 73.

Beschäftigte in der Industrie

1973	676.300
1974	673.000
1975	639.300
1976	629.200
1977	634.000
1978	
Jänner	628.600
Februar	625.800
März	624.800
April	619.400
Mai	619.000
Juni	618.400

Kennzahlen zur Konjunkturlage der Industriebranchen im II. Quartal 1978[1])

	Produktion je Arbeitstag		Beschäftigung		Produktivität[2])		Brutto-Lohn- u. Gehaltssumme		Arbeitskosten[3])	
	Ø 1971 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1971 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1971 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bergwerke	117·19	+ 7·1	14.275	−4·2	123·20	+12·3	667·0	−7·6	177·80	−14·2
Magnesitindustrie	74·07	+ 8·2								
Erdölindustrie	94·43	+ 1·9	8.624	−0·2	87·40	+ 2·1	514·2	+3·2	248·32	+ 1·3
Eisenhütten	121·24	+ 7·3	39.379	−5·1	126·17	+13·0	1.905·4	−6·9	168·05	−13·2
Metallhütten	122·70	− 8·7	7.866	−2·2	133·76	− 6·6	313·1	−4·1	145·16	+ 4·9
Stein- und keramische Industrie	133·13	− 0·6	26.586	−2·1	145·51	+ 1·6	1.133·6	+3·8	153·06	+ 4·4
Glasindustrie	114·04	+ 5·5	7.297	+0·3	153·91	+ 5·2	294·2	+2·8	142·96	− 2·5
Chemische Industrie	162·39	+ 3·0	60.960	−1·7	162·47	+ 4·8	2.717·5	+0·8	137·85	− 2·0
Papiererzeugung	129·07	+ 0·7	14.788	−4·4	153·90	+ 5·4	724·9	−1·3	145·99	− 2·0
Papierverarbeitung	118·35	+ 2·1	9.023	−2·6	136·64	+ 4·8	327·4	+2·5	162·78	+ 0·4
Holzverarbeitung	145·93	+ 0·4	29.118	−0·1	137·29	+ 0·4	1.023·0	+7·5	159·77	+ 7·0
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	120·32	+ 3·1	49.275	−2·2	126·39	+ 5·9	2.005·3	+2·0	175·27	− 1·4
Tabakindustrie	117·26	+10·2								
Ledererzeugung	93·14	− 9·4	1.468	−8·7	153·72	− 0·8	39·9	−1·9	123·96	+ 8·3
Lederverarbeitung	103·04	−12·6	14.023	−2·9	124·95	−10·0	348·9	−3·7	158·91	+10·6
Textilindustrie	100·62	− 6·7	47.392	−7·5	139·65	+ 0·8	1.418·2	−4·3	156·13	+ 2·7
Bekleidungsindustrie	111·88	− 1·3	32.496	−6·1	131·98	+ 5·2	764·8	−2·6	159·95	− 1·3
Gießereiindustrie	98·31	+ 3·6	10.120	−5·6	123·96	+ 9·8	416·1	−4·2	168·32	− 7·7
Maschinenindustrie	121·09	+ 2·6	77.024	+3·8	109·78	− 1·2	3.356·0	+5·8	195·52	+ 3·1
Fahrzeugindustrie	124·10	− 4·2	30.744	−0·6	118·33	− 3·7	1.292·3	−0·9	190·51	+ 3·5
Eisen- und Metallwarenindustrie	138·00	+ 7·1	63.074	+0·7	135·99	+ 6·4	2.270·3	−1·0	155·73	− 7·5
Elektroindustrie	156·91	+ 3·2	69.865	−0·8	139·21	+ 4·0	2.649·2	+2·3	156·53	− 0·8
Industrie insgesamt ohne Elektrizitäts- und Gasversorgung	127·59	+ 1·7	613.395	−1·8	133·80	+ 3·6	24.181·5	+0·3	164·02	− 1·4

[1]) Vorläufige Ergebnisse — [2]) Produktion je Beschäftigten — [3]) Je Produktionseinheit

Zu der Produktionserhöhung ist noch zu bemerken, daß sie praktisch ausschließlich durch die Verstärkung des Exports zustandekam. Die Preise der exportierten Waren waren niedriger als Jahr davor. Da laut Statistik über die Aktiengesellschaften schon 77 der Durchschnittsgewinn der Aktiengesellschaften um 40% gegenüber 76 zurückgegangen ist und geringer als 75 ist, dürften diese schlechten Preise im Export die Profitrate einiger Betriebe unter das gedrückt haben, was das „Kapital verträgt". Die Verlagerung der Mopedproduktion von Puch in die USA, die Manöver der Eumig-Kapitalisten und die Kündigungen in beiden Firmen hängen mit dieser Entwicklung zusammen.

Bauwirtschaft

Die Entwicklung der Bauwirtschaft hängt direkt und indirekt von der Entwicklung der Industrieproduktion stark ab. Direkt über die Bauaufträge der Industrie, indirekt durch den aus der Instustriekonjunktur folgenden Wohnungs-Straßen-Brückenbau etc. Durch die Maßnahmen des Staates (diverse staatliche Großprojekte, Förderung von Wohnungskrediten usw.) entwickelt sich die Bauwirtschaft nicht unmittelbar im Gleichschritt mit der Industriekonjunktur. Insofern ist es auch für uns gerechtfertigt die Bauwirtschaft extra zu behandeln.

Die Beschäftigten der Bauwirtschaft machen mehr als ein Drittel der Industriebeschäftigten aus. Die Hälfte davon ca. in der Bauindustrie und im Bauhauptgewerbe (Hoch-und Tiefbau). Die Anzahl der ausländischen Arbeiter ist in der Bauwirtschaft besonders groß.

Wie schon die Tabelle der Beschäftigtenzahlen zeigt, expandiert die Bauwirtschaft, wenn auch nicht sehr stark. Der Produktions-



Durch Großaufträge des Staates im Bereich des Straßenbaus konnte die Bauwirtschaft im Vorjahr noch expandieren: Im Bild die Anschlußstelle St. Anton des Arlbergtunnels, der am 1. 12. eröffnet werden soll.

wert der Bauindustrie selbst erhöhte sich - die Inflation nicht berücksichtigt - um 8%. Hauptgrund der Expansion war die „Nachfrage im Brückenbau" (WIFO). Der Umsatz im Brückenbau stieg um 48,5%. Offensichtlich trugen die vielen Brückeneinstürze zu diesem „Boom" bei.

Beschäftigte der Bauwirtschaft (Bauneben- u. -hauptgewerbe, Bauindustrie)

1974	268.200
1975	256.100
1976	255.000
1977	260.000
2. Quartal	263.000

Obwohl die Beschäftigtenzahl sich erhöhte, wurden 2.600 ausländische Arbeiter in der Bauwirtschaft gekündigt bzw. ihre Verträge nicht mehr verlängert.

Fremdenverkehr

Im Gegensatz zum Winterfremdenverkehr verringert sich die Anzahl der Nächtigungen im Sommerverkehr kontinuierlich. Bis auf 75 sind seit 73 jedes Jahr die Nächtigungen gesunken. Diesen Sommer um 3%.

Daß gerade die Sommernächtigungen zurückgehen, beruht darauf, daß im Sommer vor allem Arbeiter und kleine Angestellte auf Urlaub gefahren sind, und nun gar nicht, oder in ein billiges Land auf Urlaub fahren. Im Winter dagegen hat Österreich insbesondere gegenüber der BRD fast ein Monopol bzw. sind die konkurrierenden Länder - bis auf Italien - noch teurer.

Übernachtungen	November-April 1978	Mai-Juli 1978
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	
Inland	+4,2	-0,3
Ausland	+9,1	-3,7
Zusammen	+7,6	-3,0

Außenhandel

Den österreichischen Kapitalisten gelang es im ersten Halbjahr, den Export kräftig zu steigern. Der Export stieg im ersten Quartal 78 um 6%, im zweiten um 1,5%. Allerdings gelang ihnen das nur durch eine absolute Verringerung der Exportpreise, die um 1,7% (1.Quartal) und 1,3% (2.Quartal) niedriger waren als im Vorjahr. Der Export wurde vor allem in die EG-Länder gesteigert. Der Export in die EFTA-Länder erhöhte sich nur gering, und der Export in den Ostblock stagniert überhaupt schon seit drei Jahren (allerdings nach Ländern sehr unterschiedlich).

Entwicklung der Exporte und Importe

Veränderung in Milliarden S gegenüber Vorjahr

Exporte	76	77	1. Qu. 78	2. Qu. 78
Exporte	+21,2	+ 9,7	+2,3	+4,2
Importe	+42,7	+28,8	-0,8	+2,2

Steigerung des Exports in die EG

BRD	26,5%
Frankreich	41 %
Niederlande	36 %
Belgien	15 %

Nur im ersten Quartal verringerten sich die Importe, schon im 2.Quartal stiegen sie wieder um 4%. die kurzfristige Verringerung bzw. geringere Steigerung der Importe wurde vorwiegend durch die überhaupt zurückgehende oder schwach steigende Nachfrage bewirkt.

Daß die Nachfrage zurückging, hängt allerdings zum Teil mit der Einführung der „Luxussteuer" im Jänner 78 zusammen. Dadurch wurden nämlich viele Käufe vorverlegt, und was schon 77 importiert war, mußte 78 nicht mehr importiert werden.

Es gelang der Regierung damit aber bisher nicht, längerfristig die Importe einzuschränken. Kaum vergrößerte sich die Nachfrage geringfügig, wurde auch schon wieder bedeutend mehr importiert. D.h. die österreichische Kapitalisten haben in Österreich weiterhin Marktanteile verloren.

Die Prognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes für 79

Das WIFO geht in seiner Prognose davon aus, daß sich die Konjunktur allmählich bessert, insbesondere in Westeuropa und vor allem in der BRD. Für die BRD wird ein Wachstum des Bruttonationalprodukts von 3,5% für 1979 angenommen.

Von der USA wird zwar angenommen, daß sich ihr Wirtschaftswachstum verlangsamt (auf 2,5-3% 79). Von einer Krise in den USA, wird aber nicht gesprochen.

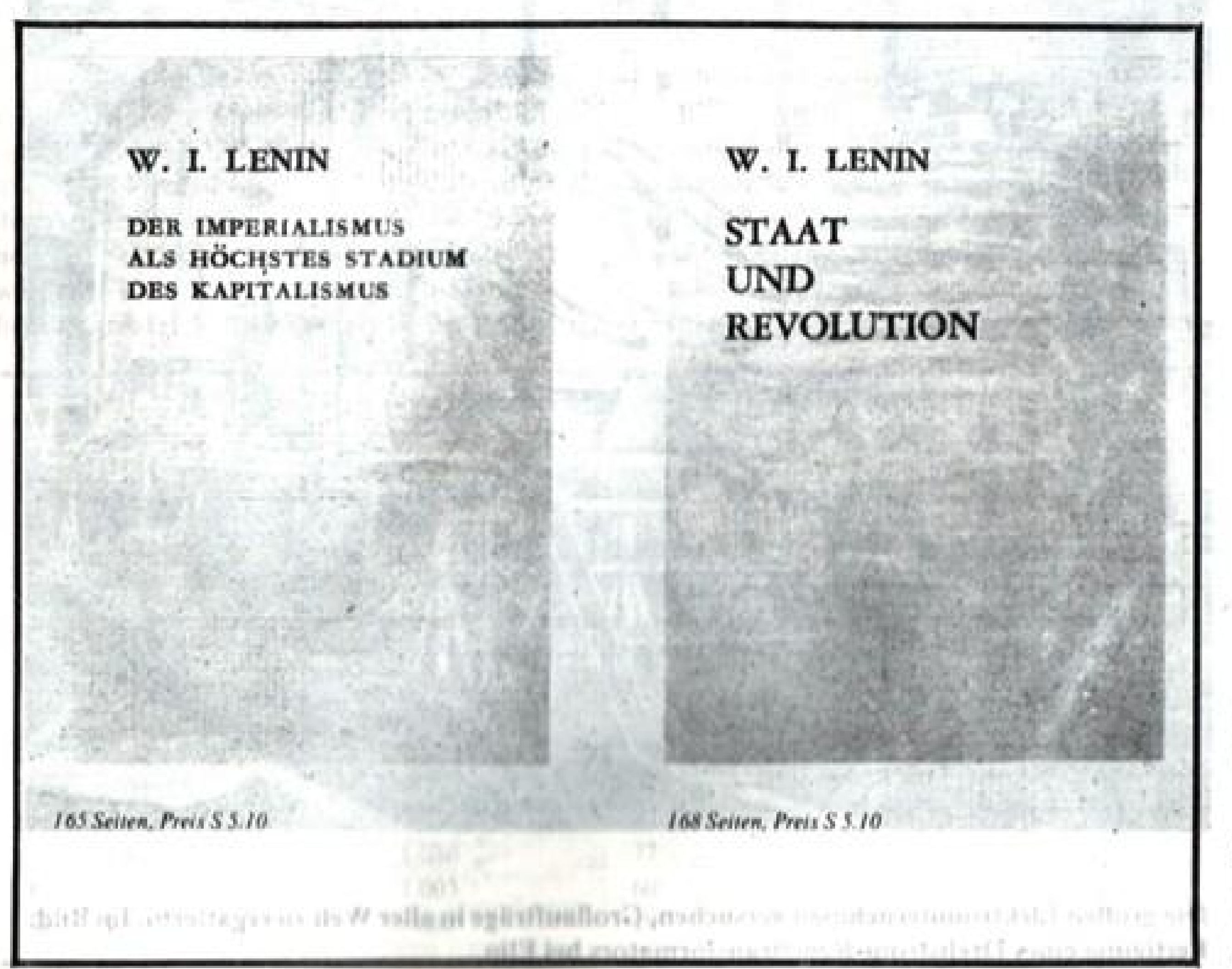
Aus dieser internationalen Lage folgert das WIFO eine schrittweise Besserung der Wirtschaftslage für Österreich. Das Bruttonationalprodukt sollte 79 um 3% wachsen, nach heuer geschätzten 1,5%.

Im Zusammenhang mit dieser Verbesserung der Wirtschaftslage erwartet das WIFO eine Verschlechterung der Handelsbilanz. Gleichzeitig soll trotz der Verbesserung der Wirtschaftslage die Arbeitslosigkeit ansteigen.

Trotz einer Verringerung der ausländischen Arbeiter auf 160.000 (um 20.000 weniger als 78) durch Nichtverlängerung der Aufenthaltsgenehmigung und Kündigung, erwartet es ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit um 10.000 auf 70.000. Das sind 2,5%.

Die Prognose des WIFO hat mit den meisten Prognosen bürgerlicher Ökonomen das gemeinsam, daß sie die bestehenden Trends einfach ins nächste Jahr verlängert. Der Krisenzyklus, der vielleicht an anderer Stelle von den bürgerlichen Ökonomen berücksichtigt wird, kommt in einer Prognose nicht vor. Daß die USA in eine Krise schlittern könnte - und was das dann für Auswirkungen auf Westeuropa haben könnte - wird nicht einmal gefragt. Aber auch ein kräftiger Aufschwung in der BRD - freilich wenig wahrscheinlich - wird nicht einmal überlegt. Das ist eigentlich nicht sehr erstaunlich: denn wenn man eine Stagnation extrapoliert, kommt man wieder zu einer Stagnation - vielleicht auf etwas höheren Niveau.

Unter der Vorraussetzung, daß sich keine scharfe Verschlechterung in den USA entwikkelt, oder die Krise dort nur langsam auf Westeuropa ausstrahlt, scheint die obige Prognose des WIFO ziemlich plausibel zu sein.



Branchenanalyse der Elektroindustrie

1. Einleitung

Dieser Artikel ist der erste einer ganzen Serie, die die wichtigsten Industriebranchen untersuchen soll. Die Serie soll ein Bild der Entwicklung des Kapitalismus in Österreich verschaffen, seine Perspektiven von der ökonomischen Seite her untersuchen, damit aber gleichzeitig ein Instrument zur Einschätzung der Lage des Betriebes, in dem man selbst arbeitet, liefern. Die Analyse soll uns besser befähigen, die Kampfbedingungen sowohl der Branche als auch des einzelnen Betriebes abschätzen zu können.

Die Untersuchung ist die erste dieser Art, daher Neuland für uns. Wir bitten alle Leser, uns Anregungen und Vorschläge für Verbesserungen zukommen zu lassen.

Die Redaktion

Die Stellung der Elektroindustrie in der Gesamtindustrie

Die Elektroindustrie wird seit längerem als „Wachstumsindustrie" bezeichnet. Das soll bedeuten, im Vergleich zu anderen, traditionellen Branchen (Grundstoffindustrie, Textilindustrie) wächst die Elektroindustrie stark und hat „Zukunft".

Die Elektroindustrie hat einen steigenden Anteil am Bruttosachanlagevermögen (Maschinen, Gebäude) der Gesamtindustrie. Ihr Anteil stieg von 3,4% im Zeitraum 1955/59 auf 5,9 im Zeitraum 1973/77. Auch der Anteil der Produktion der E-Industrie an der Gesamtindustrieproduktion ist steigend, und zwar von 6,7% im Jahre 1970 auf 7,4% im Jahr 1977. Der Anteil der in der E-Industrie Beschäftigten stieg von 10,5% im Jahr 1973 auf 11,8% im Jahr 1976, fiel dann 1977 wieder auf 11,1%.

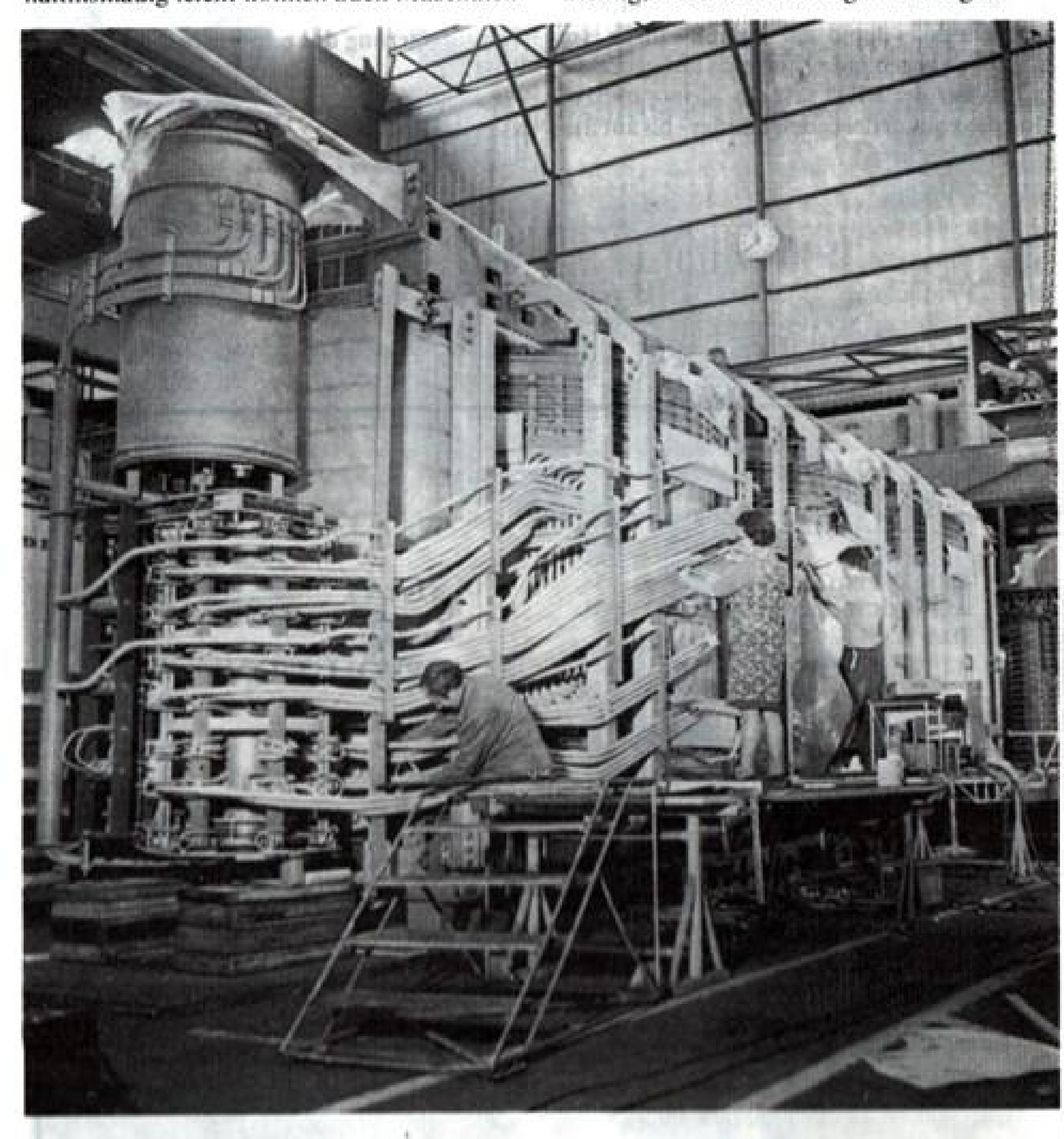
Die Bedeutung einer Branche kann nicht nur an ihrem Anteil an der Gesamtindustrie gemessen werden, man muß auch berücksichtigen, welche Auswirkungen Änderungen in einer Branche auf die anderen haben. Die Bedeutung der E-Industrie kann man sehr gut am Beispiel der Mikroelektronik zeigen.

Die Mikro-Elektronik ist eine technische Veränderung in der E-Industrie, die Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft hat und weiterhin haben wird. Besonders schwungvoll entwickeln sich in den letzten Jahren die Mikroprozessoren. Es handelt sich dabei um Schaltungen aus Einzelbauteilen, die kleiner und zuverlässiger sind als herkömmliche Schaltvorrichtungen. Heute sind bereits 50.000 Schaltungselemente auf einem Siliziumkristall von wenigen Quadratmillimetern integriert. 1980 werden es eine Million Elemente sein. Die Folgen der Mikroelektronik betreffen Herstellungsverfahren von Produkten, den Verkauf und die Verwaltung. Prozeßsteuerungen und -regelungen mit Hilfe der Elektronik werden künftig in allen Bereichen der Produktion verstärkt eingesetzt werden.

So läßt sich beispielsweise eine Teigwarenfabrik bereits heute die Zusammensetzung und Zähigkeit des Teiges sowie Temperatur und Luftfeuchtigkeit beim Trocknungsprozeß von Mikroprozessoren regeln, in der Textilindustrie werden Zuschneidemaschinen von solchen Bauteilen geführt. Verhältnismäßig leicht können auch Maschinen konstruiert werden, die verschiedenartige monotone manuelle Arbeiten übernehmen können.

Von verschiedenen Seiten wird vorhergesagt, daß der einsatz der Mikroprozessoren zu steigender Arbeitslosigkeit, steigender Arbeitshetze, Rückreihungen qualifizierter Arbeitskräfte in der Lohnskala usw. führen wird. Wann diese Entwicklung tatsächlich in verschiedenen Industriezweigen ‚greifen' wird, ist schwer zu sagen. Sicher dauert es noch einige Jahre, bis es zu allgemeinen Auswirkungen kommen wird.

Auf Grund der Folgen, die der gegenwärtige Umbruch in Teilen der Elektroindustrie mit sich bringt, ist es für alle Werktätigen wichtig, diese Entwicklung zu verfolgen.



Die großen Elektrounternehmen versuchen, Großaufträge in aller Welt zu ergattern. Im Bild: Fertigung eines Drehstrom-Regeltransformators bei Elin.

Investitionen

Die Investitionen, die 1975 unter das Niveau von 1974 sanken, stiegen 1977 wieder stärker an. Ein guter Teil der Investitionen waren Rationalisierungsinvestitionen, wie man in den Geschäftsberichten der größten Firmen (z.B. Elin Union) immer wieder lesen kann. Andererseits gab es Neueröffnungen von Werken (z.B. Grundig in Wien), die neuen Absatzgebieten Rechnung tragen (Farbfernseher). In den nächsten Jahren sind eine Reihe von Großinvestitionen geplant, so vor allem von Philips. In Österreich soll ein Bandgerätewerk eröffnet werden, und 2 Mrd. S sollen für den Bau eines Videorecorderwerkes investiert werden. Die Maschinen und maschinelle Anlagen sind in der Elektroindustrie im Vergleich zur Gesamtindustrie relativ jung. So waren 1977 in der E-Industrie 40% der Anlagen nicht älter als fünf Jahre und 67% nicht älter als 10 Jahre. Die Vergleichszahlen der Gesamtindustrie lauten 33% und 60%. Den Kaptialisten steht also ein relativ moderner Produktionsapparat zur Verfügung.

Investitionen der Elektroindustrie in Mio S

Jahr	Mio S
1973	1.464
1974	2.066
1975	1.642
1976	1.854
1977*	2.215
1978*	2.094

*Werte geschätzt

Quelle: Investitionstest des Instituts für Wirtschaftsforschung

Auslandsanteil am Besitz.

45% der in der Elektroindustrie Beschäftigten arbeiten in Unternehmen, die in ausländischem Besitz sind. Der Auslandsanteil ist der höchste in Österreich. Von den 10 größten Unternehmen (nach dem Jahresumsatz 1976 gereiht) sind acht, von den 20 größten sind 14 im ausländischen Besitz bzw. ist der Auslandsanteil so groß, daß die Unternehmen faktisch vom Ausland kontrolliert werden. Der verstaatlichte Elin-Konzern liegt an dritter Stelle, Kapsch ist der größte österreichische Betrieb in Privatbesitz und liegt an 11. Stelle.

Firmen in ausländischem Besitz haben gerade in einer Situation verschärfter Konkurrenz auf den Auslandsmärkten gewisse Vorteile, können sie doch das Vertriebssystem, Serviceeinrichtungen etc. des Mutterkonzerns in Anspruch nehmen. Manche Unternehmen verlegen auch die Produktion gewisser Geräte (z.B. Videorecorder von Philips) bzw. von Produktgruppen für den ganzen Konzern nach Österreich (z.B. Elektromotoren für Bauknecht). Auch kann moderne Technologie, die im Ausland entwickelt wurde, rasch übernommen werden.

Andererseits werden häufig Entwicklungsabteilungen geschlossen bzw. ausgehungert und die Forschung und Entwicklung in den Großlabors im Ausland konzentriert. Gleichzeitig ist der Gegner nicht mehr ein Einzelkapitalist sondern oft ein multinationaler Konzern.

Konzentration

Der Konzentrationsprozeß ist in der Elektroindustrie bereits weit fortgeschritten. In Österreich gibt es 362 Betriebe, die Aufteilung der Beschäftigten (Stand Dez. 1976) ist folgendermaßen:

In 16 Betrieben, das sind 4%, arbeiten 46% der Beschäftigten
In 34 Betrieben, das sind 9%, arbeiten 63% der Beschäftigten
In 108 Betrieben, das sind 30%, arbeiten 90% der Beschäftigten

Außenhandel

Sowohl im In- als auch im Ausland ist die österreichische Elektroindustrie einer großen Konkurrenz ausgesetzt.

Die Importe von Elektrowaren stiegen von 1970 bis 1976 um 152%, die Exporte hingegen nur um 111%. Das Handelsbilanzdefizit vergrößerte sich von 200 Mio S im Jahr 1970 auf 3,5 Mrd. 1976.

Während vor 20 Jahren knapp 20% der Produktion exportiert wurden, waren es 1976 schon 60%. Die Importe erreichten vor 20 Jahren knapp 30% der österreichischen Produktion, 1976 74% der österreichischen Produktion.

Die 13 größten Unternehmen der Elektroindustrie (1976)

Firma	Umsatz in Mio S	Investition in Mio S	Exportquote in %	Beschäftigte
Philips	8.300	250	58	10.250
Siemens-Gruppe	7.830	368	21,4	12.909
Elin-Konzern	6.794	282	34	9.717
Österr. AEG	2.014	259	5	1.871
Bauknecht	1.985	165	?	3.400
Österr. Brown Boveri	1.741	61	9	2.600
Grundig Austria	1.697	50,9	65,4	1.602
Felten & Guilleaume	1.331	56,3	30	2.520
Elektrobau AG	1.125	88,8	22	2.530
Ingelen	1.056	5,9	40,1	630
Kapsch AG	1.040	77	—	2.470
ITT-Austria	1.003	60	15	2.750
Schrack	800	19	73	2.026

Während in der österreichischen Elektroindustrie ein Konzentrationsprozeß auf einzelne Produkte eintrat, den der Export infolge des zu kleinen österreichischen Marktes nötig machte, drangen ausländische Firmen in den österreichischen Markt ein. Der Marktanteil der heimischen industriellen Produktion am Inlandsverbrauch sank von 42,2% im Jahre 1970 auf 35,2% im Jahr 1976, während der Anteil der Importe am Inlandsmarkt im selben Zeitraum von 57,8% auf 64,8% stieg. Diese Veränderung in den Marktanteilen fand ausschließlich zwischen 1973 und 1976 statt, während zwischen 1970 und 1973 kaum eine Verschiebung zu verzeichnen war. Die Ausfuhren gingen 1977 zu 60% in die EWG, zu 15,4% in die EFTA und zu 7,8% nach Osteuropa. 16,3% wurden in ‚sonstige Länder' geliefert.

Die Importe kamen sogar zu 77,5% aus der EWG, zu 9,2% aus der EFTA, zu 1% aus Osteuropa und zu 12,3% aus ‚sonstigen Ländern'.

Krise 1975

Die Krise 1975 brachte für Teile der Elektroindustrie große Produktionsrückgänge. Insgesamt schrumpfte die E-Industrie 1975 um 5,2%. Die Entwicklung der einzelnen Fachbereiche war sehr unterschiedlich. Starkstromtechnik war der einzige Bereich, in dem es bis 1977 keine Rückgänge der Produktion gab. Die Unterhaltungselektronik sank von 1974 auf 1975 um 11,5% ab, die Produktion von Kabel und Leitungen um 15,3%, die Produktion von Elektrowärme- und Haushaltsgeräten um 10,1%. Die nachrichtentechnische Industrie und die Zähler-

Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen Erzeugung von elektrotechnischen Einrichtungen

Arbeiter

Jahr	männl.	weibl.	zusammen
1972	24.764	20.555	45.319
1973	27.545	24.626	52.171
1974	27.608	25.448	53.056
1975	26.793	20.858	47.651
1976	27.351	20.739	48.090

Angestellte

Jahr	männl.	weibl.	zusammen
1972	13.813	7.059	20.872
1973	15.086	8.262	23.330
1974	16.311	8.187	24.498
1975	17.245	9.264	26.509
1976	17.488	9.297	26.785

Alle Lohnabhängigen

Jahr	Männer	Frauen	Insgesamt
1972	38.577	27.614	66.191
1973	42.613	32.888	75.501
1974	43.919	33.635	77.554
1975	44.038	30.122	74.160
1976	44.839	30.036	74.875

Quelle: Statistisches Handbuch der Arbeiterkammer.

Diese Tabelle ist nicht direkt mit der Beschäftigtenkurve vergleichbar, da die Zuordnung zur Elektroindustrie nach etwas anderen Kriterien erfolgte.

und Meßgeräteindustrie kamen später in die Krise, mit einem Sinken von 1,63% im Jahr 1977 bzw. 8,6% im Jahr 1976.

Um den langfristigen Fall der Profitrate aufzuhalten und die Produktion wieder rentabel zu machen, setzten die Monopolkapitalisten in und nach der Krise eine Reihe von Maßnahmen. Die Zahl der Beschäftigten wurde um 4.282 gesenkt, das sind 5,9% in der Zeit von 1974 auf 1976. 1977 war noch nicht einmal das Niveau von 1973 erreicht.

Von den Kapitalisten wurde weiters versucht, die Arbeitszeit zu erhöhen, um so jeden Arbeiter noch mehr auspressen zu können. Zahlen über die Entwicklung der Arbeitszeit gibt es nur aus Wien. So erhob die Wiener Arbeiterkammer, daß von 1975 auf 1976 die Arbeitszeit von Facharbeitern um mehr als eine Stunde in der Woche, die von Hilfs- und angelernten Arbeitern um ca. drei Stunden angehoben wurde.

Auch in der Elektroindustrie machte sich die Tendenz bemerkbar, Schichtarbeit einzuführen. So gab es bei Elin in Wien Versuche der Firmenleitung, eine Dreierschicht einzuführen.

Diese Maßnahmen führten dazu, daß die Arbeitskosten je Produktionseinheit 1976 um 3,8% gegenüber dem Vorjahr gesunken sind, und daß die Arbeitsproduktivität (Produktion je geleisteter Arbeiterstunde) im Jahr nach der Krise (1976) besonders stark, und zwar um 10,9% stieg.

Auswirkungen der Elektronik

Großen Einfluß auf die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung der Elektroindustrie hat, wie schon oben erwähnt, die Mikroelektronik. Die Einführung der Mikroelektronik ist mit Rationalisierungen verbunden, die in großem Ausmaß Arbeitskräfte freisetzen.

Die Fabrikation mechanischer Teile in der E-Industrie wird weitgehend eingestellt werden, d.h., daß z.B. alle Prozesse der spanabhebenden Fertigung (Drehen, Bohren, Fräsen etc.) fast aufhören. Die traditionelle, mit Maschinen ausgestatte, Werkstätte wird stark reduziert. An deren Stelle tritt die Fertigung von Leiterplatten. Folge ist ein Rückgang in der Zahl der Fertigungsstufen, mechanische Bauteile fallen weitgehend weg und werden durch gekaufte Elektronikteile, die von Halbleiterkonzernen in der Dritten Welt gebaut werden, ersetzt. Nach Veröffentlichungen der letzten Zeit plant der amerikanische Elektronikkonzern Fairchild in Österreich unter Beteiligung der ÖMV ein Bauelementewerk zu errichten. Geplant sind 300 bis 400 Arbeitsplätze.

In der Fernmeldeindustrie wird mit einem Rückgang der Beschäftigten im Fertigungsbereich von über 40% gerechnet (ungelernte Arbeiter, Werkzeugmacher, Mechaniker).

„*Um hier zu quantitativen Aussagen zu kommen, wollen wir uns das Beispiel des elektronischen Fernschreibers näher ansehen. Während bei diesem Gerät bisher die Schreibbewegungen von einem Motor ausgehend über Walzen, Zahnstangen und Hebel ausgelöst wurden, steuern jetzt integrierte Schaltungen vier kleine Motoren, die die entsprechenden Bewegungen an Ort und Stelle erzeugen. Die aufwendige mechanische Energieübertraaung entfällt. Die Fertigungsstunden, die man braucht, um solch ein neues Gerät herzustellen, gingen im Vergleich zum klassischen Fernschreiber auf ein Drittel zurück.*" (Referat des Leiters des Unternehmensbereiches Bauelemente der Siemens AG zur Technologie-Tagung der IG Metall).

Entwicklung der Beschäftigung in der Elektroindustrie

Jahr	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Beschäft.	62.003	64.775	71.020	73.074	69.348	68.792	70.554

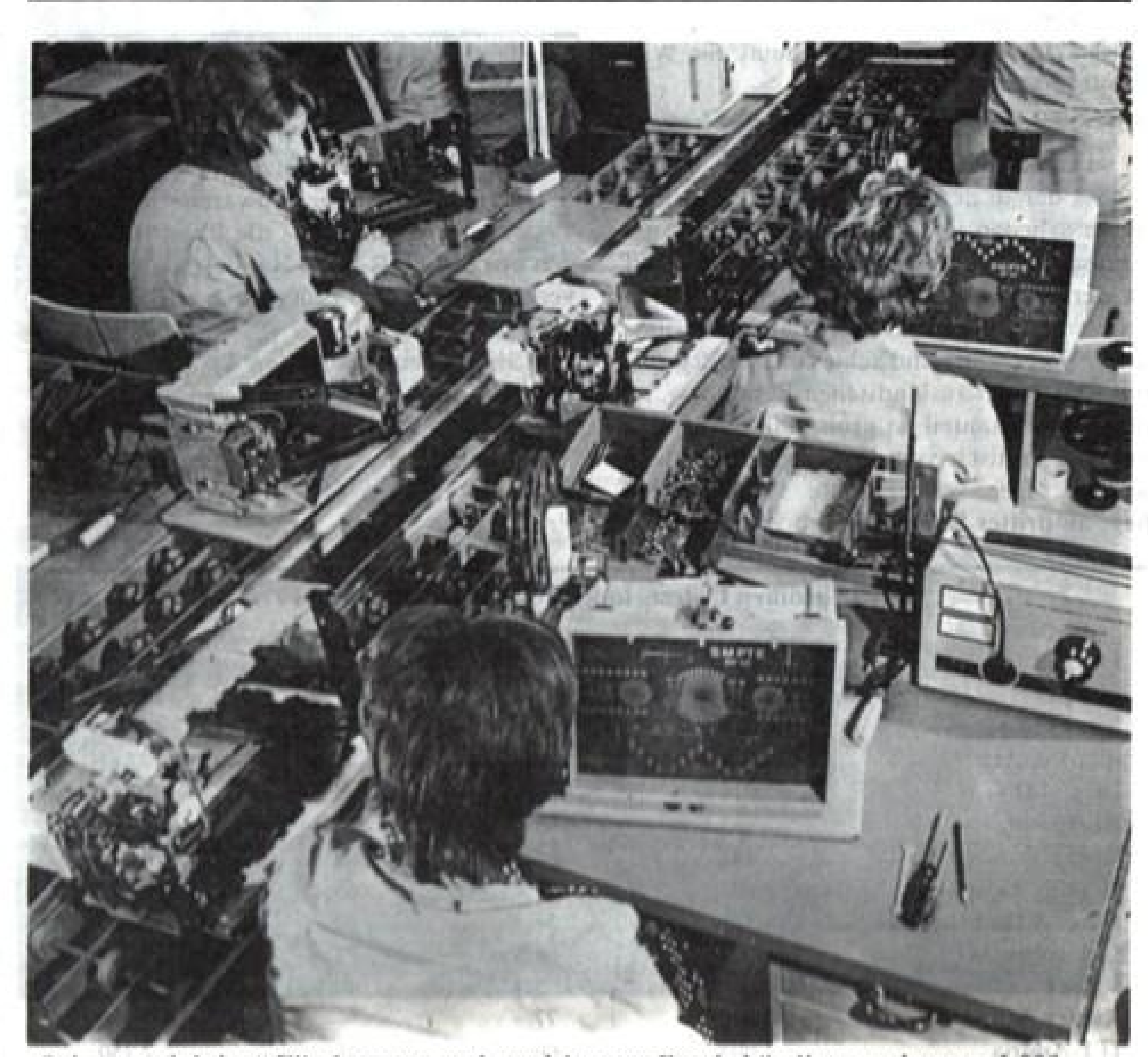
Quelle: Statistische Übersichten des Statistischen Zentralamtes

	Durchschnittsstundenlöhne absolut	Index 71 = 100	Änderung zum Vorjahr in %	Durchschnittsgehälter abs.	Index 71 = 100	Änderung zum Vorjahr in %
1971	22,57	100,0	—	6.440	100,0	—
1972	26,37	116,8	+ 16,8	6.770	105,1	+ 5,1
1973	30,98	117,5	+ 17,5	7.620	118,3	+ 12,6
1974	32,34	122,6	+ 4,4	8.897	138,2	+ 16,8
1975	38,98	147,8	+ 20,5	10.338	160,5	+ 16,2
1976	42,70	161,9	+ 9,5	11.722	182,0	+ 13,4
1977	46,26	175,4	+ 8,3	12.969	201,4	+ 10,6

Quelle: Die österreichische Elektroindustrie in Zahlen: Fachverband der Elektroindustrie

Branchenindex der Produktivität

	Produktion je geleisteter Arbeiterstunde	Änderung zum Vorjahr i. %	Produktion je Beschäftigtem	Änderung zum Vorjahr i. %
1971	100,0	—	100,0	—
1972	107,8	+ 7,8	105,5	+ 5,0
1973	115,4	+ 7,1	111,0	+ 5,7
1974	122,7	+ 6,3	115,6	+ 4,1
1975	127,1	+ 3,6	109,9	+ 4,9
1976	140,9	+ 10,9	123,8	+ 12,6
1977	147,7	+ 4,8	130,0	+ 5,0



„Saisonproduktion" Filmkameras und -projektoren: Eumig kündigte vor kurzem 1.000 Arbeiter.

Während es bei der Serienfertigung einfacherer Maschinen zu einem starken Abbau von Arbeitskräften kommt, gleichzeitig verbunden mit einer sehr starken Steigerung der Arbeitshetze und Druck auf den Lohn der verbleibenden Arbeitskräfte kommt es auch zu einer Verschiebung in der Struktur der Beschäftigten. Der Anteil der höher qualifizierten Arbeitskräfte steigt stark an, da sowohl im Bereich der Projektierung, Forschung und Entwicklung hochspezialisierte Fachkräfte eingesetzt werden müssen, als auch der Prüfaufwand und die Prüfmethoden immer aufwendiger werden, auch hier höher qualifizierte Arbeitskräfte benötigt werden. „*Es wird zu einer qualitativen Umstrukturierung des verbleibenden Personals kommen müssen. Aus diesem Grunde wird der Personalkostenanteil weniger sinken als die Reduktion in den Personalzahlen. Der Einsatz von EDV und EDV-Prüfgeräten wird steigen.*" (Studie des Fachverbandes der Elektroindustrie).

Es gibt aber auch noch eine andere Seite der Entwicklung. „*Das Auflassen von Teilfertigungen, von bestimmten technischen Serienprodukten bedeutet einen Verlust an Wertschöpfung, nicht nur in den Fabriken und Werken, sondern für die ganze österreichische Wirtschaft und bringt sicher den Verlust von Arbeitsplätzen, speziell von solchen mit relativ einfachen Anforderungen mit sich.*" (Studie des Fachverbandes der Elektroindustrie)

Diese Entwicklung beunruhigt die Kapitalisten sehr, wobei zwar die Arbeitslosigkeit in den Vordergrund gerückt wird, die Angst um die Möglichkeit der Mehrwertauspressung und -aneignung aber dahinter steckt. Der Kapitalist ahnt, daß es einen Unterschied macht, ob er von anderen Kapitalisten Einzelteile kauft und in seinem Betrieb nur zusammenbauen läßt, oder ob er alles im eigenen Betrieb produzieren läßt. Nur die menschliche Arbeit schafft Wert und Mehrwert. Aus Gründen der Konkurrenz ist er dazu gezwungen, den Anteil des konstanten Kapitals, in Form des Einsatzes von mehr Vorprodukten, zu erhöhen. Er ist gezwungen, Mehrwert der früher im eigenen Betrieb produziert wurde, anderen Kapitalisten zu überlassen. Heute ist die Elektroindustrie noch in der Lage, trotzdem, über niedrige Halbleiterpreise und den Abbau von Lagern, ihre Profite zu halten. Der Verlust dieser Möglichkeit ist für die Monopole aber eine reale Gefahr.

Starkstromtechnik / Energietechnik

Die Starkstromtechnik hat einen Anteil von über 18% (1977) an der Gesamtproduktion der Elektroindustrie. Sie rettete sich am besten über die Krise, im ganzen kam es zu keinen Produktionsrückgängen. Zur näheren Untersuchung muß man näher unterteilen.

Serienprodukte (Kleinmotoren, Netztransformatoren, Schweißmaschinen, z.T. auch Haushaltsgeräte) sind Produkte mit relativ einfachem Know how und geringem Aufwand an Sachkapital. Diese Sparte ist in großen Schwierigkeiten. Die Zahl der Hersteller von Elektromotren in Österreich in den letzten 20 Jahren wesentlich zurückgegangen. Die ausländische Konkurrenz, Industrieländer mit Riesenkapazitäten, Entwicklungsländer mit niedrigem Lohn und Ostblockstaaten, zwingt den österreichischen Erzeugern Preise auf, die für sie nicht mehr profitabel sind. Verschiedene Firmen, wie zum Beispiel Elin, rechnen in nächster Zeit mit Produktionseinschränkungen und Entlassungen.

Einzelfertigungen-Großmaschinen, damit sind zum Beispiel Generatoren, Transformatoren gemeint; sie spielen eine große Rolle, haben eine gute Auslastung.



Elin errichtete am arabischen Golf ein Großdampfkraftwerk

Informations- und Steuerelektronik. Hier kommt es, wie bei allen von der Elektronik betroffenen Bereichen, in den nächsten Jahren sicherlich zu Entlassungen. Es wird mit einem Rückgang der Arbeitsstunden in den Werken um 50% gerechnet.

Nachrichtentechnik. Die Nachrichtentechnik, die einen Anteil von 6,4% an der E-Produktion hatte, steht vor einem großen technologischen Umbruch. Der Hauptgrund ist das Eindringen der Elektronik in die Geräte der Nachrichtentechnik, die bisher vorwiegend durch elektromechanische Bauteile betrieben wurden. In der Nachrichtentechnik sind vor allem Siemens, ITT, Kapsch und Schrack tätig. Sie versuchen durch Aufträge und Unterstützung der Post diese Umstellungen möglichst profitabel über die Bühne gehen zu lassen. Ab Mitte der 80er-Jahre will die Post ein neues, vollelektronisches Telephonsystem zum Einsatz bringen, das von einer Forschungsgesellschaft, deren Mitglieder die vier Firmen sind, entwickelt werden soll. Das jährliche Investitionsvolumen der Post wird ab 1985 mindestens drei Milliarden Schilling betragen.

Unterhaltungselektronik. Die österreichische Erzeugung von Produkten der Unterhaltungselektronik ist auf Farbfernseher und Bandgeräte konzentriert, während zahlreiche Geräte, wie Stereoanlagen, Plattenspieler und Radios kaum oder gar nicht gefertigt werden. Die Unterhaltungselektronik machte 1977 fast 30% der österreichischen Elektroproduktion aus, sie ist der bedeutendste Zweig. Durch die Ankündigung der „Luxussteuer" erlebte die Unterhaltungselektronik 1977 einen Boom, der sich aber 1978 nicht fortsetzen dürfte.

Insgesamt gesehen hat die österreichische Unterhaltungselektronikproduktion von 1970 auf 1976 fast die Hälfte ihres Inlandsmarktanteils verloren, bei gleichzeitiger Erhöhung ihrer Exportquote von 54 auf 71%.

Kabelproduktion. Da die Nachfrage der Elektrizitätsgesellschaften rückläufig war, verzeichnete die Kabelindustrie eine schlechte Entwicklung.

Auf dem Sektor der Freileitungskabel ist die Auslastung gut, da in Österreich zur Zeit eine 380kV-Freileitung gebaut wird. Es besteht die Hoffnung, daß die E-Gesellschaften wieder verstärkt Starkstromkabel nachfragen werden.

Auf dem Sektor der Nachrichtenkabel war die Post bisher der Hauptabnehmer. Die Aufträge der Post stagnieren aber nun.

Die Kabelindustrie sieht ihre Zukunft in der Entwicklung neuer Spezialprodukte. So wurden Kabel mit schwer entflammbarer Isolierung entwickelt, für die großes Interesse besteht.

Ferner wird die Entwicklung der Kabel für das Kabelfernsehen rasch vorangetrieben.

An der Entwicklung eines „Erdseil-Luftkabels" wird gearbeitet. Dieses Kabel wird mit Hochspannungsüberlandleitungen verlegt und dient als Fernmeldekabel, Erdleitung und Blitzschutz. Die Montage von Überlandleitungen wird dadurch verkürzt und Montagekosten können eingespart werden.

Die getätigten und noch zu tätigenden Investitionen dienen in erster Linie der Rationalisierung. Die Kabelindustrie sieht allerdings die Gefahr von Überkapazitäten, ein in Westeuropa bereits üblicher Zustand.

Die Sowjetunion war bis jetzt ein wichtiger Außenhandelspartner, die Exporte gingen aber zurück.

Haushaltsgeräte. Der Anteil der Haushaltsgeräte an der Gesamtproduktion der E-Industrie ging von 10% im Jahr 1971 auf 7% im Jahr 1977 zurück. Eine Ursache dafür ist die ausländische Konkurrenz, die sich durch den Zollabbau auf Grund der EG-Assoziation Österreichs wesentlich verstärkt hat. Andererseits konnten die Exporte im gleichen Zeitraum gesteigert werden. Die Handelsbilanz auf diesem Sektor wies aber 1976 ein Defizit von 1,25 Mrd. Schilling auf.

Auf Grund der bereits erreichten hohen Marktsättigung und der starken ausländischen Konkurrenz ist mit einer weiteren Stagnation bzw. einem Rückgang der Produktion zu rechnen. Jene Firmen, die Haushaltsgeräte auf einem höheren Preisniveau (z.B. Siemens) produzieren, verweisen aber auf einen Marktanteilsgewinn. Für Haushaltsgeräte gilt aber insgesamt, was unter Energietechnik / Serienprodukte gesagt wurde.

Das neue Energiesparprogramm des US-Imperialismus

Nach achtzehn Monaten Gerangel zwischen der Carter-Regierung auf der einen und Senat und Kongreß auf der anderen Seite verabschiedete Mitte Oktober der Kongreß ein Energieprogramm, das in seinen wesentlichsten Bestandteilen bis 1985 Gültigkeit haben soll. Carter gab dem Programm seine Zustimmung, obwohl von seinen ursprünglichen Energieplänen nicht mehr viel in dem Endprodukt enthalten ist. Vergessen ist, daß Carter im Anfangsstadium des Gerangels die Ölkonzerne unerlaubterweise als Kriegsgewinnler bezeichnete, worauf ihm Entrüstungsstürme aus allen bürgerlichen Winkeln um die Ohren pfiffen. Mit seiner Zustimmung zu diesem - den Ölkonzernen genehmen - Energieprogramm hat er bestätigt, daß die Ölkonzerne zu den entscheidenden Kreisen des amerikanischen Finanzkapitals gehören.



Bei ihren Streiks im heurigen Frühjahr brachten die US-Bergarbeiter die Energiepolitik des US-Imperialismus in ordentliche Schwierigkeiten.

Die wichtigsten Bestimmungen des Energieprogramms

Erdgas: Aufhebung der staatlichen Preiskontrollen für Erdgas, das aus neuen Vorkommen gewonnen wird, bis 1985. Sofortige Preiserhöhung um 33,3% für dieses Erdgas und runde 10% jährliche Preiserhöhung bis 1985. Ausdehnung der Preiskontrollen auf den Handel mit Erdgas, das in demselben Bundesstaat gefördert und verbraucht wird. Sollten nach der Aufhebung der Preiskontrollen die Preise zu arg in die Höhe schießen, dürfen Kongreß oder Präsident eine weitere 18-monatige Preiskontrolle durchführen. - Carter hatte sich ursprünglich gegen die Aufhebung der Preiskontrollen ausgesprochen.

Energieproduktion: Bis 1990 müssen im wesentlichen alle kalorischen Kraftwerke, die Erdölprodukte oder Erdgas verbrennen, auf andere Energieträger (etwa Kohle) „umsteigen". - Carter's ursprünglicher Plan sah strikte Strafen für solche Betriebe vor, die nicht von Erdöl oder Erdgas auf Kohle als primären Energieträger umsteigen, und zwar nicht nur bei der Elektrizitätsproduktion, sondern im Produktionsprozeß selbst. Daher wird 1985 die Kohleproduktion unter den projektierten 1,2 Milliarden Tonnen liegen.

Erdöl: In den USA gefördertes Erdöl ist um vier Dollar pro Barrel billiger als aus den OPEC-Ländern importiertes Erdöl (ein Barrel ist etwas weniger als 120 Liter) Carters Plan, in den USA produziertes Erdöl mit einer Steuer zu belegen, wurde vom Kongreß abgelehnt. Carter will vom neuen Kongreß Anfang 1979 die Zustimmung zu einer solchen Steuer erreichen. Gelingt dies nicht, sollen die für Erdöl im Mai 1979 auslaufenden Preiskontrollen nicht erneuert werden. Dadurch würde der Preis für in den USA erzeugtes Erdöl zumindest bis auf den Weltmarktpreis ansteigen; über diesen Preis zu stark hinausgehende Preise für einheimisches Erdöl sollen mit einer Steuer belegt werden.

Atomkraftwerke: Derzeit keine Bestimmungen im Energieprogramm, doch hat die Regierung bereits eine Gesetzesvorlage unterbreitet, wonach die bisherige Dauer vom Beginn der Planung bis zur regulären Inbetriebnahme von durchschnittlich zwölf Jahren auf sechseinhalb Jahre herabgesetzt werden soll.

Zu diesen Bestimmungen betreffend spezielle Energieträger kommt noch ein kompliziertes System von Steuerbegünstigungen für jene Unternehmen und Hausbesitzer, die energiesparende Maßnahmen setzen (etwa) energie-effektivere Maschinerie, bessere Isolierung von Häusern gegen Wärmeverluste) oder den Übergang zum Kohleverbrauch zur primären Energieproduktion vollziehen.

Die Gewinner und die Verlierer

Sollte jemand Zweifel am finanziellen Charakter dieses Energieprogramm haben, so teilt ihm die bürgerliche Presse unumwunden mit: „Für die Konsumenten wird diese Gesetzgebung höhere Gasrechnungen bedeuten ... Man erwartet von dieser Maßnahme, daß sie den Weg für den Bau der zehn Milliarden Dollar kostenden Alaska-Gaspipeline von der Prudhoe Bay zu den anderen 48 Bundesstaaten ebnet. Die Bankiers waren nämlich nicht sonderlich geneigt, dieses Unterfangen zu finanzieren, ohne den Preis des Alaska-Erdgases zu kennen." (U.S.News and World Report, 23.10.78). Der Hauptgewinner sind also die Ölkonzerne (die ja auch das Erdgas fördern) und Banken, also ein beträchtlicher Teil des Finanzkapitals.

Die werktätigen Massen werden zu blechen haben. Denn die ihnen eröffnete Möglichkeit, steuerbegünstigt die Wärmeisolierung des hölzernen Einfamilienhauses (eine häufige Erscheinung in kleineren und mittleren Städten) zu verbessern, ist nur eine Augenauswischerei, wenn man die in Tausende Dollar gehenden Kosten für die erhöhte Wärmeisolierung bedenkt.

Das Energieproblem des US-Imperialismus

Carter hat von allem Anfang an die Lösung des Energieproblems des US-Imperialismus als einen zentralen Punkt seiner Regierungspolitik betrachtet. Denn seit dem „Ölschock" 1973/74 ist die Verwundbarkeit des US-Imperialismus auch auf dem Energie-Sektor offen zutagegetreten. Die für den Imperialismus charakteristische Ausplünderung ausländischer Rohstoffe führt im Energiesektor dazu, daß in den USA weniger Energie bzw. Energieträger produziert als verbraucht werden und diese Diskrepanz verschärft sich immer mehr. Die folgenden Zahlenangaben (ermittelt durch Umrechnung aus einer Statistik des Energieministeriums) legen dies klar dar:

Anteil der durch Importe erzeugten Energie am Gesamtenergieverbrauch	1965	1978	geschätzt 1985
	10%	24,4%	25,6%

Die Verschärfung dieser Diskrepanz wird durch den stiegenden Energiebedarf wesentlich beeinflußt; dieser soll laut US-Energieministerium den Verbrauch von 1970 um 25,6% übertreffen. Natürlich sind die für 1985 ermittelten Schätzwerte mit Vorsicht zu genießen, weil wegen der dem Kapitalismus eigenen Produktionsanarchie ein zukünftiger Energieverbrauch weder geplant noch einigermaßen genau geschätzt werden kann. Die Zahlen sind jedoch insofern interessant, als sie eine Tendenz charakterisieren, auf die sich die US-Bourgeoisie orientiert. Das Ansteigen des Energieverbrauches wird hauptsächlich durch die Modernisierung vorhandener und Einführung neuer Produktionsprozesse bedingt werden. Dies ist zu einer unabdingbaren Notwendigkeit geworden, will der US-Imperialismus aus der Defensive gegenüber den anderen imperialistischen Staaten im gegenwärtigen Wirtschaftskrieg herauskommen. Da die US-Bourgeoisie sehr wohl mit einer Verschärfung der internationalen Wirtschaftskrise rechnet, ist ein Energieprogramm, durch das die künftige Energieproduktion so gut wie möglich gesichert werden soll, von umso größerer Bedeutung. Für die werktätigen Massen (und speziell für die Arbeiterklasse) bedeutet dieses Energieprogramm aber nicht nur höhere Gas- und Stromrechnungen, sondern wird die Modernisierung der Industrie Entlassungen und verschärfte Ausbeutung zur Folge haben.

Welche Bedeutung Erdöl im Energieverbrauch der USA hat, und in welchem Umfang der Erdölverbrauch durch Importe gedeckt wird, zeigen die folgenden beiden Tabellen (Quelle: US-Energieministerium):

Anteile verschiedener Energieträger am Energieverbrauch 1977 in %

Erdöl	Erdgas	Kohle	AKWs	Wasserkraft
48,7	25,9	18,6	3,5	3,3

Anteile der Öl-Importe am Öl-Gesamtverbrauch in %

1972	1973	1974	1975	1976	1977
29,0	36,1	36,7	37,1	41,9	47,3

Stärker als diese Prozentanteile zeigen jedoch die Kosten der Importe die Abhängigkeit des US-Imperialismus vom ausländischen Erdöl: 1973 waren es 7,6 Milliarden Dollar, 1977 — bedingt durch die von den OPEC-Ländern durchgesetzten Preiserhöhungen — aber bereits 41,5 Milliarden Dollar; d.h., innerhalb von vier Jahren ein Ansteigen auf das fast Fünfeinhalbfache (!). Aus diesen Zahlen ist leicht zu erkennen, warum Carter und seine Regierung ein Umsteigen von Erdöl auf den „einheimischen" Energieträger Kohle so schnell wie möglich (und wenn nötig, unter Androhung von Strafen vollzogen sehen wollen. Denn als Interessensvereteter des gesamten Kapitals und insbesondere seiner stärksten Fraktion, des Finanzkapitals insgesamt, muß die Regierung eines imperialistischen Staates danach trachten, daß nicht die gesamte Ökonomie durch Importe eines Energieträgers, die militärisch relativ leicht zu unterbinden sind (siehe unten), in eine strategisch gefährliche Situation gerät. Der „Ölschock" von 1973/74 führte zeitweilig zu einer 14%igen Kürzung des US-Ölbedarfs, wodurch der US-Ökonomie 20 Milliarden Dollar verloren gingen und eine halbe Million Arbeiter auf die Straße flogen (Angaben aus USNWR, 23.10.78). Wegen des Ansteigens der Ölimporte wäre ein weiterer „Ölschock" von umso drastischerer Auswirkung. Darüber hinaus haben die Ölimporte einen entscheidenden Einfluß auf das Ausmaß des US-Außenhandelsdefizits.

Kurz- und langfristige Energieentwicklung

Das gegenwärtige Energieprogramm enthält keine Bestimmungen, die auf die unmittelbare Einschränkung von Ölimporten abzielt (oder zumindest deren Erschwerung). Die Interessen der Ölkonzerne und der mit ihnen verbundenen Banken haben ihren Stempel dem Energieprogramm aufgedrückt. Laut Carters „Energiezaren" Schlesinger wird das derzeitige Energieprogramm 1985 eine Ersparnis von drei Millionen Barrel pro Tag bringen (gegenüber dem für 1985 ohne Energieprogramm geschätzten Ölbedarf). Carters Pläne hätten jedoch zu einer Einsparung von 4,5 Millionen Barrel pro Tag geführt. Laut Schlesinger ist auf Grund des beschlossenen Energieprogramms 1985 mit einem täglichen Import von neun bis zehn Millionen Barrel zu rechnen (gegenüber den den Vorstellungen Carters entsprechenden 7 Millionen Barrel pro Tag) — und das werden ungefähr 50% des Erdölbedarfs von 1985 sein. Es zeigen diese Zahlen eindeutig, daß es sich bei dem eingangs erwähnten „Gerangel" tatsächlich um nichts anderes handelt als um quantitative Meinungsverschiedenheiten zwischen Carters Regierung auf der einen und den Erdölkonzernen und anderen Politikern auf der anderen Seite. Insgesamt geht es also nicht um die Beseitigung oder zumindest bedeutende Einschränkung der Abhängigkeit von Ölimporten, sondern um ein *kontrolliertes* Ansteigen dieser Abhängigkeit. Soweit der quantitative Aspekt der Erdölimporte.

Angesichts der immer stärker werdenden Gefahr eines Krieges zwischen den beiden imperialistischen Supermächten kommt den Ölimporten angesichts ihrer Bedeutung für die US-Ökonomie aber ein spezieller militärstrategischer Aspekt zu. Das derzeitige Energieprogramm berücksichtigt dies nicht ausdrücklich. „Nach Ansicht vieler Experten, wird dieses hauptsächlich psychologische Wirkung haben.

Der militärstrategische Aspekt der Erdölimporte liegt in der Tatsache, daß innerhalb weniger Jahre der Anteil der Ölimporte aus arabischen Ländern an den Gesamtimporten von 13,9 auf 36,4% anstieg; und laut Schlesinger hält diese Tendenz an.

Die drei möglichen Schiffahrtsrouten für die Versorgung der USA mit Öl aus dem Nahen Osten sind: Die Mittelmeer-Atlantik-Route, die Route um das Kap der Guten Hoffnung und Atlantik, die Route über indischen und pazifischen Ozean. Entlang jeder dieser Routen hat der Sozialimperialismus heute Flottenstützpunkte, kreuzen beständig seine Flotteneinheiten. Besondere Bedeutung kommt dabei den ersten beiden Routen und somit den sozialimperialistischen Stützpunkten in Angola und am Horn von Afrika zu. Gelingt dem Sozialimperialismus der Vorstoß nach Namibia und Azania, so hat er die Kap-Route voll unter Kontrolle (die Route durchs Mittelmeer ist wegen ihrer Nähe zu Warschauer-Pakt-Staaten a priori für den US-Imperialismus unsicher). Die Verringerung der Abhängigkeit von Ölimporten aus dem Nahen Osten ist daher auf längere Sicht für den US-Imperialismus unumgehbar.

Von wo immer auch der US-Imperialismus Energieträger importiert, auf lange Sicht kann er nicht dem Problem ausweichen, innerhalb der USA selbst neue Energieträger zu gewinnen. Daher auch die Orientierung in den gegenwärtigen Regierungsplänen auf verstärkten AKW-Bau; Experimente mit Sonnenenergie werden indirekt durch die Verteuerung des Erdgases gefördert werden. Doch wird es laut Schlesinger noch lange dauern, bis die USA in der Lage sein werden, elektrischen Strom aus Sonnenenergie profitabel zu gewinnen. Was die traditionellen Energieträger betrifft, so sieht Schlesinger eine langfristige Ölpreispolitik als zentrale Frage der zweiten Phase der Energiepolitik der Carter-Regierung. Wird diese Frage gelöst, so soll an die Einführung neuer Technologien gegangen werden, die einen höheren Wirkungsgrad haben und auf anderen Energieträgern als Öl basieren. Dabei sei auch daran gedacht, erklärt Schlesinger, wie vor dem zweiten Weltkrieg Leuchtgas und flüssige Energieträger aus Kohle zu gewinnen. „Gegen Ende des zweiten Weltkrieges produzierte Deutschland fast alle seine Treibstoffe durch Verflüssigung von Kohle." Herr Schlesinger hat somit treffend dargelegt, daß das Energieprogramm des US-Imperialismus Teil der Kriegsvorbereitungen ist.

Ein Korrespondent

Die Machenschaften zur Etablierung der „zwei Korea" zerschlagen - das Heimatland auf friedlichem Wege vereinigen! Aus einer Rede des Genossen Kim Il Sung

Genossen!

Seit der Gründung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik sind 30 Jahre vergangen, und unsere Nation befindet sich immer noch in einem Zustand der Spaltung und die Wiedervereinigung des Heimatlandes bleibt nach wie vor als die größte nationale Aufgabe des ganzen koreanischen Volkes.

Die Regierung der Republik hat alle Anstrengungen mit dem Ziel unternommen, im Einklang mit dem einstimmigen Willen und Wunsch des ganzen koreanischen Volkes die Frage der Wiedervereinigung des Landes selbständig, nach demokratischen Prinzipien und auf friedlichem Wege zu lösen. Infolge der Machenschaften der inneren und äußeren Spalter zur Etablierung von „zwei Korea" stößt jedoch die Frage der Wiedervereinigung unseres Landes auf ernste Hindernisse und nimmt die Gefahr der ewigen Spaltung der Nation immer stärker zu.

Die USA-Imperialisten betrachten gegenwärtig die Politik der Inszenierung von „zwei Korea" als ihre Hauptstrategie gegenüber Korea und schmieden, um diese zu realisieren, alle möglichen Ränke und Tricks. Auch die japanischen Reaktionäre folgen der Politik des USA-Imperialismus zur Etablierung von „zwei Korea" und behindern auf verschiedenem Wege die Wiedervereinigung unseres Landes. Mit Unterstützung des USA-Imperialismus und der japanischen Reaktionäre erklärte die südkoreanische Marionettenclique offenkundig ihre auf die nationale Spaltung gerichteten Ränke als ihre Politik, schwätzt von dem „gleichzeitigen Eintritt in die UNO" und der „Kreuzanerkennung" und manövriert wie besessen, um „zwei Korea" zu etablieren.

Durch die Verewigung der Spaltung unseres Landes und die Etablierung von „zwei Korea" wollen die USA-Imperialisten ihre Okkupation Südkoreas und ihre Herrschaft über es aufrechterhalten, und die japanischen Reaktionäre trachten danach, in Südkorea ihre alte Position eines kolonialen Herrschers zurückzuerobern. Indem die südkoreanische Marionettenclique den jetzigen Zustand der Spaltung in den Süden und Norden zu fixieren sucht, verfolgt sie ihre finstere Absicht, ein luxuriöses Leben zu führen und langfristig an der Macht zu bleiben.

Wir dürfen niemals irgendwelche Ränke und Machenschaften der Spalter zulassen, die auf die Etablierung von „zwei Korea" gerichtet sind, sondern müssen diese mit den vereinten Kräften der ganzen koreanischen Nation konsequent zerschlagen.



Ein alltägliches Bild bei der Waffenstillstandskommission in Panmunjon. Die ihrer Verbrechen angeklagten US-Imperialisten — demoralisiert und niedergeschlagen.

Korea muß einig werden. Die koreanische Nation ist historisch eine Nation, unser Volk wünscht einmütig die Wiedervereinigung. Die Kräfte, die gegen die Wiedervereinigung Koreas auftreten, sind die äußeren Kräfte, die Korea erobern und regieren wollen, und es ist nur eine Handvoll von Landesverrätern als innere Kraft, die das Land und die Nation an fremde Kräfte verkauft.

Die Koreafrage unterscheidet sich ihrem Charakter nach grundlegend von der Frage jener geteilten Länder, die an einem Aggressionskrieg teilnahmen und zerschlagen wurden. Unser Land ist weder ein Land, das an einem Aggressionskrieg teilnahm, noch ein besiegtes Land. Unsere Nation ist eine Nation, die seinerzeit unter dem kolonialen Joch des Imperialismus unterdrückt wurde und im Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren ihre Befreiung errungen hat. Die Wiedervereinigung unseres Landes wird nicht zur Aggression gegen andere Länder oder zur Bedrohung anderer Länder führen. Wenn Korea gespalten bleibt, wird dies im Gegenteil eine stete Quelle der Gefahr für den Frieden in Asien und in der Welt sein. Deshalb darf Korea nicht nur für die Grundinteressen der koreanischen Nation, sondern auch für einen dauerhaften Frieden in Asien und in der Welt nicht in „zwei Korea" getrennt werden. Korea muß sich vereinigen.

Die Frage der Wiedervereinigung Koreas muß entsprechend der Forderung unseres Volkes und dem Wunsch der Völker der Welt durch einen Dialog und auf friedlichem Weg gelöst werden.

Die Regierung der Republik unternimmt alle aufrichtigen Anstrengungen, um den Dialog in Gang zu bringen, der die friedliche Lösung der Frage der Wiedervereinigung des Heimatlandes bezweckt und hält die Tore zum Dialog immer geöffnet. Geöffnet halten wir die Tore zum Dialog mit den USA, mit den Vertretern der südkoreanischen Obrigkeit und auch mit allen politischen Parteien in Südkorea.

Damit der Dialog für die Wiedervereinigung Koreas durchgeführt wird, und er wirklich zur Lösung der Frage der Wiedervereinigung beiträgt, müssen die beiden Seiten der Verhandlungen von dem richtigen Standpunkt ausgehen, die Wiedervereinigung innig zu wünschen. Wenn man nicht von dem Standpunkt ausgeht, durch gegenseitige Verständigung und Zusammenarbeit die Frage der Wiedervereinigung zu lösen, und hinter dem Vorhang des Dialogs einen anderen Zweck verfolgt oder versucht, den Dialog als ein Mittel zur Etablierung von „zwei Korea" anzuwenden, kann der Dialog keinen Erfolg haben, und ein derartiger Dialog ist völlig bedeutungslos. Wir dürfen keinesfalls einen Dialog für die Spaltung, sondern müssen einen Dialog für die Wiedervereinigung durchführen.

Der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen dem Norden und dem Süden sind eine wichtige Maßnahme zur Beschleunigung der friedlichen Wiedervereinigung des Heimatlandes.

Der Dialog zwischen dem Norden und dem Süden, der als Ergebnis der aufrichtigen Bemühungen der Regierung der Republik endlich zustandegekommen war, ist infolge der schändlichen verräterischen Handlungen der Vertreter der südkoreanischen Obriggeit zum Abbruch gekommen und bis heute unterbrochen. Die Vertreter der südkoreanischen Obrigkeit schwatzen in Worten von einem „Dialog" und einer „Zusammenarbeit" zwischen dem Süden und dem Norden, beschreiten jedoch in der Praxis weiter den Weg zur Konfrontation und Spaltung. Sie behaupten, daß wir die Absicht hätten, unter dem Banner des Kommunismus die Wiedervereinigung zu erreichen, flößen in Südkorea unter dem Vorwand der von ihnen erfundenen „Drohung mit dem Überfall auf den Süden" antikommunistisches Bewußtsein ein, schüren kriegerische Stimmung und posaunen die „Wiedervereinigung nach dem Sieg über den Kommunismus" aus. Wie könnte man unter der Losung „Antikommunismus" und „Sieg über den Kommunismus" Dialoge mit den Kommunisten führen und mit ihnen zusammenarbeiten! In jüngster Zeit haben die Vertreter der südkoreanischen Obrigkeit einen „Vorschlag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Süden und dem Norden" unterbreitet; sie wollen „die ökonomische Zusammenarbeit" mit den Kommunisten durchführen, indem sie lautstark vom „Sieg über den Kommunismus" reden. Das widerspricht aller Logik und ist nichts anderes als eine ungeschickte Tarnungskunst, womit der Spalter sein wahres Gesicht zu bemänteln versucht. Wenn die Vertreter der südkoreanischen Obrigkeit Dialog und Zusammenarbeit mit uns aufrichtig wünschen, sollen sie ihre Politik der Spaltung der Nation durch eine Politik der Wiedervereinigung und ihre antikommunistische Politik durch eine Politik der Koalition mit dem Kommunismus ersetzen.

Das wesentliche Unterpfand für die selbständige Wiedervereinigung des Vaterlandes besteht im großen nationalen Zusammenschluß. Unter der Bedingung, da es im Norden und im Süden unseres Landes in Wirklichkeit jeweils unterschiedliche Ideologie und Ordnung gibt, ist die friedliche Wiedervereinigung des Heimatlandes, losgelöst von den Ideen und Prinzipien des großen nationalen Zusammenschlusses, durchaus nicht denkbar. Der Kampf unserer Nation für die Wiedervereinigung des Heimatlandes ist keineswegs ein Kampf um Kommunismus oder Kapitalismus, sondern ein Kampf zwischen den Aggressoren und den der Aggression Ausgesetzten, ein Kampf zwischen Patrioten und Landesverrätern. Das heißt, unser Kampf für die Wiedervereinigung des Heimatlandes ist ein Befreiungskampf für die nationale Souveränität, ein patriotischer Kampf für den nationalen Zusammenschluß. Zur Wiedervereinigung des Heimatlandes sollen demnach der Norden und der Süden davon absehen, jeweils auf den kommunistischen oder den kapitalistischen Ideen zu bestehen; sie sollen eine gemeinsame Idee, die nationale Idee, in den Vordergrund stellen und auf deren Grundlage den großen Zusammenschluß der ganzen Nation erreichen.

Wir sind nicht gewillt, Südkorea unsere sozialistische Gesellschaftsordnung und die kommunistische Ideologie aufzuzwingen. Wir sind bereit, auf der Grundlage der Ideen des großen nationalen Zusammenschlusses die Geschlossenheit mit jeder politischen Partei Südkoreas zu fördern, ungeachtet der in Südkorea bestehenden Ordnung und der Ideologie, zu der die Südkoreaner sich bekennen. Und wenn eine beliebige politische Partei Südkoreas den Wunsch äußert, ihre Tätigkeit im nördlichen Teil der Republik auszuüben, dann werden wir dies begrüßen. Die Vertreter der südkoreanischen Obrigkeit und alle politischen Parteien Südkoreas sollten auch bereit sein, sich mit den verschiedenen politischen Parteien Nordkoreas zusammenzuschließen, und es nicht ablehnen, wenn eine beliebige politische Partei Nordkoreas in Südkorea tätig zu sein wünscht. Nur wenn auf diese Weise der Norden und der Süden, ausgehend von den Ideen des großen nationalen Zusammenschlusses, die Tore in die Gesellschaft völlig offen halten und auf verschiedenen Gebieten in der Politik, der Wirtschaft und der Kultur sowie im Militärwesen — eine vielseitige Zusammenarbeit verwirklichen, dann kann die große Sache, die Wiedervereinigung des Vaterlandes, stark beschleunigt werden.

Um den großen Zusammenschluß der ganzen Nation zu erreichen und das Vaterland friedlich zu vereinigen, muß die südkoreanische Gesellschaft demokratisiert werden.

Heute wird in Südkorea eine in der Geschichte beispiellose, über alle Maßen grausame und unverfrorene faschistische Herrschaft aufrechterhalten. Die südkoreanische Marionettenclique hat das faschistische „neue System" errichtet, sie verletzt rücksichtslos die Grundrechte der Volksmassen mittels der verschiedenen faschistischen, drakonischen Gesetze und der riesigen Zwangsherrschaftsmaschinerie und unterdrückt barbarisch die patriotisch gesinnte Bevölkerung und die demokratisch gesinnten Persönlichkeiten, die die Demokratie und die Wiedervereinigung des Heimatlandes verlangen. Ohne die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft kann sich die südkoreanische Bevölkerung von der heutigen rechtlosen Lage nicht befreien; außerdem ist es nicht möglich, den nationalen Zusammenschluß zu erreichen und nach dem Weg zur friedlichen Wiedervereinigung des Heimatlandes zu suchen.

Zur Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft ist es notwendig, vor allem die „neue Verfassung" abzuschaffen, das „antikommunistische Gesetz", das „Gesetz über die Staatssicherheit" und die anderen faschistischen drakonischen Gesetze null und nichtig zu machen. Die rechtswidrigen Strafen, die unter Berufung auf die „Notverordnung" und die anderen faschistischen drakonischen Gesetze über die patriotisch gesinnte Bevölkerung und die demokratisch gesinnten Persönlichkeiten verhängt worden sind, sind zu annullieren; die Rede- und Pressefreiheit und die freie Tätigkeit der politischen Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen sind zu gewährleisten. Der Revolutionären Partei für die Wiedervereinigung und den anderen illegalen politischen Parteien muß es auch ermöglicht werden, legale Tätigkeit auszuüben. Die Organisationen der Koreaner und die patriotisch gesinnten Persönlichkeiten, die im Ausland für die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft und die selbständige friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes kämpfen, sollen auch die Möglichkeit erhalten, nach ihrem Wunsch nach Südkorea zurückzufahren, um politisch frei tätig zu sein.

Die Betätigungsfreiheit der politischen Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen zu gewährleisten, ist die elementarste Forderung der Demokratie. Im nördlichen Teil der Republik haben jetzt alle Parteien und gesellschaftlichen Or-



Weder der US-Imperialismus noch die Pak-Dschong-Hi Marionettenclique können den Kampf im Süden Koreas um die Wiedervereinigung des Vaterlandes niederdrücken.



Einmütig bekundet die Bevölkerung des Nordens ihren Willen nach sofortigem Rückzug des US-Imperialismus aus Korea.

ganisationen das legale Recht, frei tätig zu sein. In den meisten Ländern der Welt ist heute die Betätigungsfreiheit der politischen Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen gesichert; selbst in den imperialistischen Ländern üben die kommunistischen Parteien und die anderen progressiven politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen ihre legale Tätigkeit aus. Auch in Südkorea soll man allen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen die Freiheiten und Rechte sichern, legal tätig zu sein.

Unter schweren Bedingungen, da solche grausamen faschistischen Repressalien fortgesetzt werden, entfalten heute alle südkoreanischen Bevölkerungsschichten und demokratisch gesinnten Persönlichkeiten, ohne sich zu beugen, einen energischen Kampf gegen den Faschismus und für die Demokratisierung, um demokratische Freiheiten und Rechte zu erringen. Die koreanischen Landsleute im Ausland, darunter auch diejenigen, die in Japan und in den USA leben, begreifen sich ebenfalls, der erhabenen nationalen Mission bewußt, aktiv am gerechten patriotischen Kampf für die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft und die selbständige friedliche Vereinigung des Heimatlandes. Die südkoreanische Bevölkerung ist verpflichtet, ungeachtet der Unterschiede in der Ideologie, in religiösem Glauben, in der Parteizugehörigkeit und in den politischen Ansichten eine breite Einheitsfront mit allen demokratischen Kräften im In- und Ausland zu bilden und mit vereinten und organisierten Kräften gegen die faschistischen diktatorischen Kräfte zu kämpfen, somit die südkoreanische Gesellschaft unbedingt zu demokratisieren und die selbständige friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes zu beschleunigen.

Um die selbständige friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes zu erreichen, ist es notwendig, die Einmischung der USA und aller anderen ausländischen Kräfte konsequent zurückzuweisen.

Unser Volk hält die nationale Souveränität für sein Leben und duldet keine fremde Einmischung bei der Lösung der Frage der Vereinigung des Landes. Nun ist für die USA die Zeit gekommen, mit ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Nation Schluß zu machen und damit aufzuhören, sich mit der Koreafrage zu befassen.

Die USA sollen darauf verzichten, das südkoreanische Marionettenregime in Schutz zu nehmen, das die Demokratie erdrosselt und die südkoreanische Bevölkerung barbarisch unterdrückt, und sie an ihrem Kampf für Demokratie und die Wiedervereinigung des Heimatlandes zu hindern. Wenn die USA ihre bisherige falsche Politik nicht aufgeben und die südkoreanischen faschistischen Elemente, die von innen und außen her völlig isoliert sind, weiter beschirmen, werden sie als Verschwörer der Unterdrückung der Menschenrechte einer scharfen Verurteilung unseres Volkes und der Völker der Welt nicht entgehen können.

Die USA sollen auch ihre dunklen aggressiven Absichten verwerfen, durch Etablierung von „zwei Korea" ihre koloniale Herrschaft in Südkorea aufrechtzuerhalten und darüber hinaus ganz Korea zu erobern, sollen im Einklang mit der UNO-Resolution und ihren „öffentlichen Versprechen" ihre Truppen so schnell wie möglich aus Südkorea vollständig abziehen.

Wenn die USA den Frieden und die friedliche Wiedervereinigung Koreas ehrlich wünschen, dann sollen sie auch Kontakte mit der Regierung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik aufnehmen und nach einem Weg zur friedlichen Lösung der Koreafrage suchen. Wir haben bereits einen Vorschlag für die Verhandlungen mit den USA unterbreitet und bemühen uns um dessen Durchsetzung. Es geht darum, ob die USA ehrlich für die Verhandlungen eintreten oder nicht, und ob sie, falls sie für solche Verhandlungen sind, für ein Korea oder „zwei Korea" verhandeln wollen. Wenn die USA ihre falsche Einstellung, unser Land in „zwei Korea" zu trennen, aufgeben und eine richtige Haltung zur Wiedervereinigung Koreas einnehmen, werden wir zu jeder Zeit in Verhandlungen mit den USA eintreten und alle notwendigen Probleme lösen, dann werden die USA, ohne ihre Ehre einbüßen zu müssen, darauf verzichten können, sich in die Koreafrage einzumischen, und das wird nicht nur den Interessen unseres Volkes, sondern auch den Interessen des Volkes der USA entsprechen.

Die Bevölkerung des nördlichen Teils der Republik und Südkoreas werden nach dem Prinzip des großen nationalen Zusammenschlusses noch fester zusammenstehen und somit die Machenschaften der inneren und äußeren Spalter zur Etablierung von „zwei Korea" unbedingt zerschlagen und um jeden Preis die große historische Sache, die Wiedervereinigung des Vaterlandes, erringen.

(Aus einer Rede, gehalten zum 30. Jahrestag der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik).



Neu im Verlag Alois Wieser:

Walter Lindner

Der große Verrat

Der Weg der KPÖ von der revolutionären Partei zur bürgerlichen Partei und Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus

Inhalt:

** Die Anfänge des Revisionismus vor 1945*
** Kapitalistische Restauration oder Vormarsch zum Sozialismus: 1945 wir das Schicksal Österreichs entschieden*
** Der Revisionismus als Programm - der 17. Parteitag und die „Leitsätze über den Weg Österreichs zum Sozialismus"*
** Die Entfaltung des Revisionismus bis zum 18. Parteitag*
** Das Augustplenum des ZK 1963 - Die Revisionisten spalten die Partei*
** Der 19. Parteitag*
** Vom 21. August 1968 bis zum 22. Parteitag*
** Die KPÖ heute*
** Die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung seit 1963 und des Kommunistischen Bundes Österreichs*

Broschürt, 36 Seiten Preis S 15,-
Zu beziehen über Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien


Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
Klassenkampf
Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs
Sowjetunion raus aus der CSSR!
Am 5. November: NEIN zu Zwentendorf!

Klassenkampf, Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Der „Klassenkampf" erscheint jeden zweiten Montag. Ab Anfang Oktober erscheint er wöchentlich.
Jahresabonnement: S 150,-
Halbjahresabonnement: S 75,-


Razredni boj
Sovjetska zveza naj se umakne iz Češkoslovaške !
Dobri predlogi za dvojezičnost otroških vrtcev

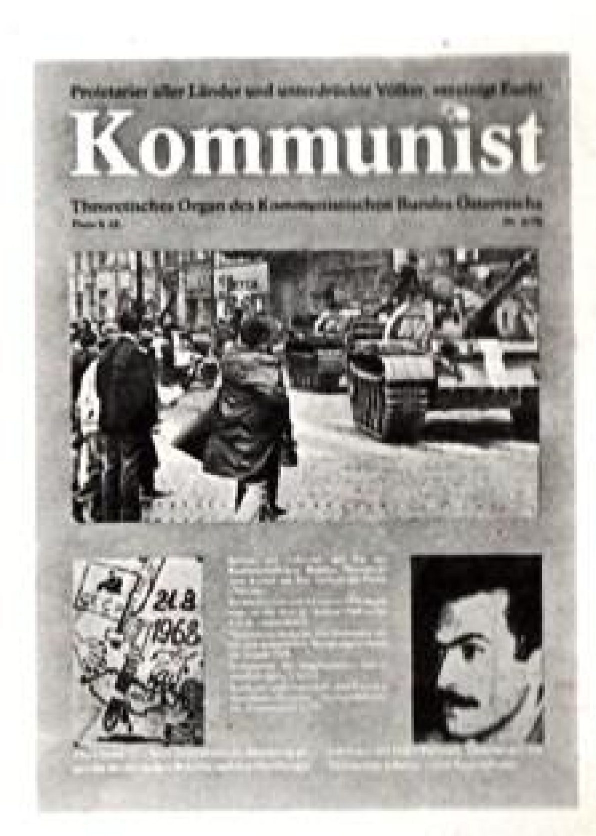
Razredni boj, eine besondere slowenische Ausgabe des Klassenkampf

erscheint seit Anfang August auf Beschluß des Zentralkomitees des KB monatlich.
Einzelpreis S 4,-
Halbjahresabonnement S 35,-
Jahresabonnement S 70,-



Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs

erhältlich in deutsch und slowenisch sowie in serbokroatischer Übersetzung
Preis S 5,-



Kommunist, theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

erscheint monatlich.
Einzelpreis S 18,-
Halbjahresabonnement S 122,50
Jahresabonnement S 245,-

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13